

**Fachgruppe „Verkehr / Umweltschutz und Raumordnung“
Berichterstattung der Fachgruppe**

Version 23.0
10. November 2010
Adressaten: Projektsteuerung

Inhaltliche Bearbeitung

Ständige Fachgruppenmitglieder

Markus Sigrist	Adligenswil	Finanzvorsteher
Peter Ottiger	Ebikon	Abteilungsleiter Bau
Hans Gantenbein	Emmen	Leiter Departement Bau & Umwelt
Moritz Büchi	Kriens	Gemeindeingenieur
Daniel Deicher	Luzern	Stabschef Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit

Nach Bedarf beigezogene Fachgruppenmitglieder

Herbert Lustenberger	Ebikon	Gemeinderat
Peter Schärli	Ebikon	Gemeinderat Ressort Bau
Rudolf von Euw	Ebikon	Leiter Tiefbauamt / Strassen
Robert Stocker	Emmen	Leiter Bereich Tiefbau
Roland Wymann	Emmen	Leiter Departement Werke
Carmen Emmenegger	Kriens	Leiterin Stabsstelle & Fachbereich Sicherheit/Mobilität
Matthias Senn	Kriens	Gemeindeammann
Andrea Wyss	Kriens	Abteilungsleiterin Umwelt/Energie
Martin Bürgi	Luzern	Stadtingenieur
Arthur Clement	Luzern	Chef GIS
Yvonne Ehrensperger	Luzern	Wissenschaftliche Mitarbeiterin Stadtentwicklung
Ruedi Frischknecht	Luzern	Leiter Stadtentwicklung
Bernhard Jurt	Luzern	Strasseninspektor
Roland Koch	Luzern	Bereichsleiter Planung Verkehr und Infrastruktur
Gregor Schmid	Luzern	Leiter Umweltschutz
Thomas Schmid	Luzern	Stadtgärtner
Stephan Marty	ewl, Luzern	CEO
Kurt Rüegg	ewl, Luzern	Geschäftsleiter Erdgas- und Wassernetze

Moderation Fachgruppe und Redaktion Fachgruppenbericht

Andreas Schneider	Prof. HSR, dipl. Architekt ETH, Raumplaner ETH/NDS
Martin Valencak	dipl. Ing. ETH, Raumplaner ETH/MAS
Andreas Madianos	BSc FHO in Raumplanung

<i>Metron AG</i>	<i>T 056 460 91 11</i>
<i>Postfach 480</i>	<i>F 056 460 91 00</i>
<i>Stahlrain 2</i>	<i>info@metron.ch</i>
<i>CH 5201 Brugg</i>	<i>www.metron.ch</i>

Inhaltsverzeichnis

0	Management Summary.....	4
1	Aufgabe und Untersuchungsbereich.....	6
1.1	Aufgabenverständnis.....	6
1.2	Untersuchungsbereich	6
2	Beschreibung der Ist-Situation.....	7
2.1	Rechtliche Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten.....	7
2.2	Organisation, Ressourcen und Leistungen.....	7
3	Soll-Modell	15
3.1	Generelle Herausforderungen	15
3.2	Fachgruppenspezifische Herausforderungen.....	15
3.3	Ziele und Soll-Kriterien.....	16
4	Szenario Kooperation.....	18
4.1	Beschreibung Szenario.....	18
4.2	Operative und rechtliche Auswirkungen.....	26
4.3	Strategische Auswirkungen.....	27
5	Szenario Fusion	30
5.1	Beschreibung Szenario.....	30
5.2	Operative und rechtliche Auswirkungen.....	37
5.3	Strategische Auswirkungen.....	38
6	Bewertung der Szenarien	40
6.1	Vorbemerkungen.....	40
6.2	Bewertung Politikfeld „Verkehr & Infrastrukturen“.....	41
6.3	Bewertung Politikfeld Planung	43
7	Erkenntnisse und Fazit.....	45
7.1	Zentrale Erkenntnisse: Fusion gegenüber Kooperation bevorzugt.....	45
7.2	Anliegen der Bevölkerung.....	46
7.3	Fazit der Fachgruppe	48

0 Management Summary

Die Fachgruppe „Verkehr / Umweltschutz und Raumordnung“ hatte den **Auftrag**, für ihren Untersuchungsbereich die Machbarkeit und Zweckmässigkeit der beiden Szenarien „verstärkte Kooperation“ und „Fusion“ zu untersuchen und fachlich zu beurteilen.

Sie hat hierzu folgendes **Vorgehen** gewählt: Zuerst wurde der Ist-Zustand in jeder der 5 Gemeinden beschrieben (Kap. 2) und das Soll-Modell definiert (Kap. 3). Auf dieser Basis wurde für beide Szenarien ein möglichst plausibles Modell für die Politikfelder „Verkehr & Infrastrukturen“ resp. „Planung“ skizziert, gefolgt durch eine erste Abschätzung der jeweiligen Auswirkungen (Kap. 4 + 5). Beide Szenarien gehen dabei von nahezu gleichen Leistungsaufträgen aus und unterscheiden sich primär in ihren organisatorischen Implikationen: Im Politikfeld „Verkehr & Infrastrukturen“ wurde zu Grunde gelegt, dass die milliardenteuren Hoch- und Tiefbauinfrastrukturen im Gemeindeeigentum bleiben müssen. Denn mit einem Transfer an den Mehrzweck-Gemeindeverband würden die Gemeinden schätzungsweise über 90% ihrer Vermögenswerte aus den Händen geben. Und im Politikfeld „Planung“ wurde zwecks Stärkung der Ausstrahlungskraft und Meistern der künftigen Herausforderungen von einer Ausweitung des (grösstenteils höheren) Leistungsangebots der Stadt Luzern auf die gesamte Stadtregion ausgegangen. Denn ein städtisches Leistungsangebot in der Raumentwicklungs-, Umwelt- und Energiepolitik wird, wie der Echoraum 2 zeigte, von der Bevölkerung erwartet. Es trägt, bei relativ geringem Kostenaufwand, wesentlich zur Standortqualität und Ausstrahlung der Stadtregion Luzern bei. Und es dient dazu, dem wachsenden Siedlungs- und Nutzungsdruck mit einer qualitativ hochstehenden, über die Gemeindegrenzen hinweg koordinierten Siedlungs-, Freiraum- und Mobilitätsstrategie zu begegnen. Anschliessend (Kap. 6) wurden beide Modelle (resp. Szenarien) aufgrund der vorgegebenen Sach-, Finanz- und Machbarkeitskriterien mit dem „Status Quo“ verglichen. Zum Schluss hat die Fachgruppe ihre wesentlichsten Erkenntnisse zu Handen der Projektleitung zusammengetragen (Kap. 7).

Bei der **Bewertung** kommt die Fachgruppe zu folgenden Ergebnissen:

Die zwei Politikfelder weisen eine höchst unterschiedliche Charakteristik auf. Während „Verkehr & Infrastrukturen“ milliardenteure Hardware umfasst, handelt es sich bei „Planung“ fast ausschliesslich um Planungs- und Koordinationsaufgaben. Bei der Hardware stellte die Fachgruppe zudem fest, dass ein erhebliches Unterhaltsdefizit besteht; so werden beispielsweise bei den Tiefbau-Infrastrukturen der fünf Gemeinden (Strassen, Siedlungsentwässerung und Wasserversorgung, Wiederbeschaffungswert von 2.9 Mia. Fr.) von den zum Werterhalt erforderlichen Erneuerungs-Investitionen von ca. 60 Mio. Fr. pro Jahr nur etwa 65% realisiert.

Bezüglich der Sachziele schneiden beide Szenarien insgesamt besser ab als der „Status Quo“. Durch eine einheitliche Strategie lässt sich die Ausstrahlung der Stadtregion Luzern in beiden Szenarien wesentlich stärken, Siedlung und Verkehr können optimal aufeinander abgestimmt werden, und durch gebündelte operative Ressourcen lassen sich qualitativ bessere Leistungen für Bevölkerung und

Wirtschaft erbringen. Eine Ausnahme bildet die Mitbestimmung, die im Szenario „Kooperation“ eine deutliche Minderung erfährt durch die Übertragung weitreichender Kompetenzen an den Mehrzweckgemeindevorstand. Das Szenario „Fusion“ zeigt diesbezüglich sowohl Verbesserungen wie Verschlechterungen (Mitbestimmung in ganzer Stadtregion vs. geringeres Gewicht einzelner Stimme). Ob das Ziel einer verbesserten Ausstrahlungskraft im Szenario „Kooperation“ im erwünschten Ausmass erreicht werden kann, hängt zudem sehr stark vom politischen Willen ab (1 Strategie \leftrightarrow 5 Gemeinden).

Bezüglich der finanziellen Auswirkungen schätzt die Fachgruppe, dass sich die Nettoausgaben im Politikfeld „Verkehr & Infrastrukturen“ im Vergleich zum „Status Quo“ in beiden Szenarien reduzieren dürften (wobei im Szenario „Kooperation“ die Doppelstrukturen einen Teil des Sparpotentials zunichte machen). Die Nettoausgaben im Politikfeld „Planung“ steigen in beiden Szenarien aufgrund der Ausweitung des Stadtluzerner Leistungsangebots (im Szenario „Kooperation“ stärker, da 1 Leistungserbringer \leftrightarrow 5 polit. Behörden). Die Veränderung der Nettoinvestitionen, die nur im Politikfeld „Verkehr & Infrastrukturen“ von Bedeutung sind, lassen sich nicht genauer szenario-spezifisch abschätzen.

Die organisatorische Machbarkeit einer „verstärkten Kooperation“ wird als fraglich eingeschätzt, während sie bei der „Fusion“ grundsätzlich unproblematisch (wenn auch zeit- und ressourcenaufwändig) erscheint.

Die Fachgruppe „Verkehr / Umweltschutz und Raumordnung“ kommt deshalb zu folgenden **Empfehlungen und Fazits** an die Projektsteuerung:

Im direkten Vergleich der Szenarien stellt die Fachgruppe fest, dass das Szenario „Kooperation“ gegenüber der „Fusion“ in ihrem Untersuchungsbereich erhebliche organisatorische Schwächen aufweist, welche dessen politische und operative Umsetzung komplex und ressourcenaufwändig machen und die Synergieeffekte durch die verstärkte Kooperation zunichte machen. Die Zielerreichung ist im Szenario „Kooperation“ zudem schlechter. Im Szenario „Fusion“ kommen hingegen die Synergieeffekte in beiden Politikfeldern zum tragen. Die Stadtregion gewinnt an Ausstrahlungskraft und politischem Gewicht. Dies wird nach Einschätzung der Fachgruppe insbesondere bei der Mittelverteilung für Infrastrukturprojekte (Bahn-anbindung an Zürich), den Kompetenzen für Verkehrsfragen und in der Raumplanung eine wichtige Rolle spielen.

Darüber hinaus sind die Anliegen der Bevölkerung, so z.B. die Erhaltung/Aufwertung der wichtigen Naherholungsgebiete oder eine aktive Energiepolitik, von grosser Bedeutung. Diese können im Szenario „Fusion“ besser berücksichtigt werden (als wenn die Aufgaben wie beim Szenario „verstärkte Kooperation“ an einen demokratisch schwach abgestützten Mehrzweck-Gemeindevorstand delegiert werden).

Zusammenfassend kommt die Fachgruppe für die Politikfelder „Verkehr & Infrastrukturen“ und „Planung“ zum Schluss, dass das Szenario „Kooperation“ keine taugliche oder gar gleichwertige Alternative zum Szenario „Fusion“ darstellt.

Sollte sich die Projektsteuerung aus anderen Gründen für das Kooperations-Szenario entscheiden, empfiehlt die Fachgruppe, höchstens den operativen Teil der Politikfelder „Verkehr & Infrastrukturen“ und „Planung“ an den Mehrzweck-Gemeindevorstand zu delegieren. Politisch heikle und strategische Aufgaben sollten in diesem Fall bei den Gemeinden bleiben.

1 Aufgabe und Untersuchungsbereich

1.1 Aufgabenverständnis

Die Fachgruppen erarbeiten für ihren Untersuchungsbereich (vgl. 1.2) die fachlichen Entscheidungsgrundlagen für die Szenarien „Fusion“ und „Kooperation“ zu Händen der Projektsteuerung. Zudem nehmen sie, gestützt auf vorgegebene Kriterien, für die von ihnen bearbeiteten Politikbereiche eine erste Bewertung der beiden Szenarien zu Händen der Projektsteuerung vor.

1.2 Untersuchungsbereich

Die Fachgruppe „Verkehr / Umweltschutz und Raumordnung“ befasst sich mit dem öffentlichen Leistungsangebot und den entsprechenden Strukturen im Verkehrs-, Umwelt- und Raumordnungsbereich. Im Hinblick auf beide Szenarien sind insbesondere folgende Aufgabenbereiche zu untersuchen:

- Strassen, Wege und Plätze
- Öffentlicher Verkehr (ÖV)
- Wasserversorgung
- Siedlungsentwässerung
- Natur- und Umweltschutz
- Friedhof und Bestattungswesen
- Raumentwicklung (inkl. Stadtplanung sowie Denkmalpflege und Heimatschutz)
- Baubewilligungswesen
- Energiepolitik (nur Förder- und Planungsbereich, ohne eigenwirtschaftliche Regiebetriebe der Gemeinden)

Folgende Aufgabengebiete gehören grundsätzlich ebenfalls zum Untersuchungsbereich, sind jedoch für die Fachgruppenarbeiten von sekundärer Bedeutung:

- übriger Verkehr (Verkehrsplanung ist unter Strassen/Wege/Plätze resp. ÖV subsumiert)
- Abfallentsorgung
- Verbauungen
- Forschung&Entwicklung im Bereich Umweltschutz

2 Beschreibung der Ist-Situation¹

2.1 Rechtliche Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten

Auf Stufe Kantonsverfassung bestehen in keinem Politikbereich zwingende rechtliche Rahmenbedingungen oder Zuständigkeiten, die es zu beachten gilt.

Auf Gesetzesstufe (kantonal) ist zu beachten, dass heute die Ortsplanung explizit und ausschliesslich den Gemeinden obliegt (PBG § 3 + 17).

2.2 Organisation, Ressourcen und Leistungen

Die Gemeinden haben in den einzelnen Politikbereichen Organisationsstrukturen gewählt (inkl. Leistungsaufträge an andere Gemeinden oder Zweckverbände), setzen dafür untenstehende Personal- und Infrastrukturressourcen ein und erbringen damit folgende Leistungen:

¹ Bezogen auf 2009 (Stadt Luzern: Situation nach Fusion Luzern – Littau)

Politikfeld	Sachbereich	Adligenswil	Ebikon	Emmen	Kriens	Luzern
Verkehr	Strassen, Wege und Plätze	141 Stellen-%	Leistungsträger: Bauabteilung Tiefbauamt /Werkhof 790 Stellen-%	Direktion Bau und Umwelt 970 Stellen-% Winterdienst: Unterstützung durch Drittfirmen Verkehrs- und Erschliessungsplanung durch ext. Planer	Baudepartement, Abteilung Tiefbau / Werke 1820 Stellen-% Verkehrs- und Erschliessungsplanung durch ext. Planer	Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit, Tiefbauamt 1'500 Stellen-% Planung, Projektierung, Neu- u. Ausbau, Netzbewirtschaftung 9'200 Stellen-% baulicher u. betrieblicher Str.-Unterhalt inkl. Erneuerung 1'000 Stellen-% Str.-Grün und Str.-Bäume Winterdienst: Unterstützung teilweise durch Dritt-firma (Stadtteil Littau)
	- Inventar	<ul style="list-style-type: none"> 4.2 km Kantonsstrassen 2.7 km Gemeindestrassen 16.9 km Privatstrassen 15.4 km Güterstrassen 3.2 km Velowege 417 Kandelaber div. Möblierung öffentlicher Raum (Sitzbänke, Velounterstände, Robidog, Abfalleimer) 70 Jungbäume Werkhof 	<ul style="list-style-type: none"> 6.8 km Kantonsstrassen 14.7 km Gemeindestrassen (1. Klasse 3.2 km, 2. Klasse 6.9 km, 3. Kl. 4.6 km) 26.5 km Privatstrassen 19.4 km Güterstrassen 2.1 km Velowege 939 Kandelaber div. Möblierung öffentlicher Raum (Sitzbänke, Velounterstände, Robidog, Abfalleimer) 90 Jungbäume Werkhof 	<ul style="list-style-type: none"> 16 km Kantonsstrassen 32 km Gemeindestrassen 32 km Privatstrassen 32 km Güterstrassen 2 km Velowege 1474 Kandelaber 235 Abfalleimer div. Möblierung öffentlicher Raum (Sitzbänke, Velounterstände, Robidog) 20'000 m2 Strassengrün 260 Jungbäume Werkhof 	<ul style="list-style-type: none"> 7.5 km Kantonsstrassen 29.9 km Gemeindestrassen (1. Klasse 10.7 km, 2. Klasse 13.2 km, 3. Klasse 6.0 km) 33.2 km Privatstrassen 78.8 km Güterstrassen 2.7 km Velowege 1100 Kandelaber 67 Robidog-Kasten 180 Abfalleimer 34500 m2 Grünrabatten 380 m2 Rabatten bepflanzt 546 Jungbäume Werkhof 	<ul style="list-style-type: none"> 0,43 Mio. m2 resp. 26.6 km Kantonsstrassen 1,712 Mio. m2 resp. 125.2 km Gemeindestrassen 45.3 km Privatstrassen 33 km Güterstrassen ca. 17 km Radweg + Radspuren 8467 Kandelaber div. Möblierung öffentlicher Raum (Sitzbänke, Velounterstände, Robidog, Abfalleimer) 1 Velostation beim Bahnhof bedient, 63 Velounterstände 84'000 m2 Strassengrün 3'550 Bäume Werkhof Reusseggstrasse
	- Leistungen	<ul style="list-style-type: none"> Betrieb und Unterhalt Gemeindestrassen, Betrieb Werkhof Erhaltung/Sanierung von 800 m' Gemeindestrassen + 300 m' Velowegen Neubau von 300 m' Gemeindestrassen + 150 m' Velowegen 	<ul style="list-style-type: none"> Verkehrsplanung betrieblicher Unterhalt Gemeindestrassen und Wege, betrieblicher Unterhalt Kantonsstrasse (Reinigung, Entleerung ES, Winterdienst Trottoir, Grünpflege); Winterdienst Privatstrassen baulicher Unterhalt Gemeindestrassen und Wege 	<ul style="list-style-type: none"> Gemeindestrassen: betrieblicher Unterhalt; Kantonsstrassen: betrieblicher Unterhalt bei Trottoirs, Unter- und Überführungen baulicher Unterhalt 32'000 m Gemeindestrassen + 2'000 m' Velowegen Neubau von 1200 m' Gemeindestrassen + 400 m' Velowegen 	<ul style="list-style-type: none"> Bauherrnvertretung bei V.-Projekten Unterhalt des Strassennetzes Neubauten (sehr wenig) Subventionen an Privatstrassen 	<ul style="list-style-type: none"> Planung & Netzbewirtschaftung, Vorprojekte & Kreditierung von Projekten auf Gemeinde- und Kantonsstrassen Betrieblicher Strassenunterhalt (Gde- und Kantonsstrassen): Parkplätze, Reinigung, Winterdienst, Unterhalt Kunstbauten & Reusswehr; Velodienst Bahnhof; technischer Dienst (Markierung/Signalisation); öffentliche Beleuchtung; Unterhalt/Erneuerung Strassengrün, Pflege/Erneuerung Strassenbäume, Unterhalt Robidog Baulicher Unterhalt inkl. Erneuerung Gde-Strassen und Kantonsstrassen, Parkplätzen, Kunstbauten, Ufermauern, Wegen; Kosten ca. 9 Mio Fr. (Gde-Strassen ca. 4, Kantonsstrassen ca. 2, Kunstbauten ca. 3 Mio); Ausführung Strassensanierungsprogramme (Lärmschutz) Neubau von Kantons- und Gemeindestrassen nach Bedarf
Öffentlicher Verkehr	12 Stellen-% Kooperationen: <ul style="list-style-type: none"> Verkehrsbetriebe Luzern (VLB) Postauto Zentralschweiz 	Bauabteilung Hoch- und Tiefbauamt /Werkhof 10 Stellen-% Kooperationen: <ul style="list-style-type: none"> Verkehrsverbund Luzern (VVL) 	Direktion Bau und Umwelt, Sachbearbeiterin ÖV 50 Stellen-% Kooperationen: <ul style="list-style-type: none"> VVL; E-Bus-Linien: Auto AG Rothenburg; Rottal AG; Postauto Zentralschweiz 	Umwelt- und Sicherheitsdepartement, Abteilung Sicherheit / Sport Baudepartement, Abteilung Tiefbau/Werke 10 Stellen-% öV, 20 Stellen-% Sonnenbergbahn Kooperationen: <ul style="list-style-type: none"> Ortsbus, VBL, Heggli AG, Kanton, VVL, Postautobetrieb, Verein Telebus 	Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit, zuständige Dienststelle: Tiefbauamt (vip) 100 Stellen-% für Angebotsplanung Kooperationen: <ul style="list-style-type: none"> VVL (Beitrag 16 Mio. Franken pro Jahr) 	

Politikfeld	Sachbereich	Adligenswil	Ebikon	Emmen	Kriens	Luzern
	- <i>Inventar</i>	- 10 Buswartehäuschen	- 12 Buswartehäuschen	- 40 Buswartehäuschen / Wartehallen	- Div. Buswartehäuschen / Wartehallen - Tal- und Bergstation Sonnenbergbahn	- 96 Buswartehäuschen / Wartehallen - 252 Bushaltestellen
	- <i>Leistungen</i>	- Interessenvertretung Gde bei VBL / Postauto Zentralschweiz	- Wahrnehmung der Gde-Interessen bei SBB/VBL Verkehrsverbund; Verkehrsplanung - Planung, Bau und Unterhalt Buswartehäuschen	- Feststellung der Bedürfnisse der ÖV-Kunden; Planung/Organisation Ortsbusbetrieb in Kooperation mit Verkehrsverbund und TU's; Konzepterstellung und Anpassungen betriebliche Angebote; Öffentlichkeitsarbeit - Bau, baulicher und betrieblicher Unterhalt der Zugänge zur Bahninfrastruktur und der Haltestellen des Lokalverkehrs	- Strategie Regionalverkehr und Ortsbuskonzept - Unterhalt der Bushaltestellen - Betrieb und Unterhalt Sonnenbergbahn - Helikopterflugbewilligungen - Bauherrenaufgaben bei Planung von Haltestellen, neuen Linienführungen oder Wendepunkten	- Planungen; Feststellung der Bedürfnisse der ÖV-Kunden; Planung/Organisation in Kooperation mit Verkehrsverbund und TU's; Konzepterstellung und Anpassungen betriebliche Angebote; Öffentlichkeitsarbeit - Bau, baulicher und betrieblicher Unterhalt der Zugänge zur Bahninfrastruktur und der Haltestellen des Lokalverkehrs
Umwelt und Raumordnung	Wasserversorgung (Eigenwirtschaftsbetr.)	Leistungsauftrag an private Genossenschaft Wasserversorgung Adligenswil (GWA)	Werkhof / Bauabteilung Wasserversorgung 250 Stellen-% Kooperationen: - Verbund Hochzone mit WV Adligenswil - Wasserversorgung Buchrain & Dierikon Unterhalt in Zusammenarbeit mit örtl. Gewerbe	Direktion Bau und Umwelt, Departement Werke / Bereich Wasserversorgung 780 Stellen-% Leitungsbau und Grabarbeiten sowie Leitungskaster durch Fremdfirmen	Baudepartement, Abteilung Tiefbau / Werke 400 Stellen-%	ewl Wasser AG, als Tochtergesellschaft der ewl Holding AG (selbständige, privat-rechtliche AG, zu 100% im Besitz der Stadt Luzern). 2'500 Stellen-%
	- <i>Inventar</i>	Inventar im Besitz der Genossenschaft - 34.1km Trinkwasserleitungen (HL), 27.9 km Gebäudezuleitungen - 3 Reservoirs, 3 Pumpwerke, 1 Wasserfassung - 500 m3 Löschwasserreserve, 141 Hydranten	- 90 km Trinkwasserleitungen - 3 Wasserreservoirs, 3 Pumpenhäuser mit 6 Pumpen, 10 Wassermessstationen, 1940 Wasseruhren-Abonnenten (Ebikon) - 258 Hydranten	- 126 km Trinkwasserleitungen, 60 km Trinkwasserprivatleitungen - 2 Reservoirs, 2 Grundwasserpumpwerke, 2 Stufenspumpwerke, 1 Stufenspumpwerk gemeinsam mit ewl Luzern - Keine Löschwasserreserve, grosse Speichervolumen und technisch abgesichert; 652 Hydranten	- 100 km Trinkwasserhauptleitungen, 60 km Trinkwasserprivatleitungen - 8 Reservoirs, 1 Pumpwerk/Filterbrunnen, 3 Pumphäuser, 1 Chlordosierstation - 440 m3 Löschwasserreserve, 510 Hydranten	- 230 km Trinkwasserleitungen / 132 km Anschlussleitungen; 30 km Brunnennetz; 44 km Transportleitungen - 1 Seewasseraufbereitungsanlage, 1 Quellwasseraufbereitungsanlage (in Planung) 6 Reservoirs, 4 Pumpwerke, 7 Grundwasserfassungen, 17 Quellwasserfassungen - 10'000 m3 Löschwasserreserve, 2050 Hydranten
	- <i>Leistungen</i>	- Netzbewirtschaftung und Planung - Betrieb und Unterhalt (ganzes Inventar) - Erhaltung/Sanierung von 600 m' Leitungen Anlage - Neu-/Ausbau von 500 m' Leitungen	- Wassergewinnung und Lagerung, auch für Nachbargemeinden Buchrain und Dierikon, teilweise auch Adligenswil - Betrieblicher Unterhalt Inventar - Baulicher Unterhalt Inventar; jährliche Erneuerung von ca. 250 m Leitungen - Netzausbau abhängig von Bautätigkeit	- Netzbewirtschaftung und Planung - Betrieb und Unterhalt des Leitungsnetzes, der Pumpwerke und Reservoirs - Erhaltung/Sanierung von 1'000 m' Leitungen + 6 Anlagen - Ausbau des Leitungsnetzes von 500 m' Leitungen + 1 neues Grundwasserpumpwerk	- betrieblicher Unterhalt Haupt- und Privatleitungen (inkl. Hausanschluss), Quellen, Grundwasserbrunnen, Pumpwerke und Reservoirs; Bereitstellung der Löschreserve - baulicher Unterhalt (Erhaltung/Sanierung) der Haupt- und Privatleitungen	- Netzbewirtschaftung und Planung - Instandhaltung & Betrieb Wassergewinnungs- & -aufbereitungsanlagen & Trinkwassernetz; Bereitstellung der Infrastruktur für Löschwasserversorgung & Agglo.-Notversorgung - Netzausbauten: Neuerschliessung; Neubau Quellwasseraufbereitungsanlage (geplant)
	Siedlungsentwässerung (Eigenwirtschaftsbetr.)	33 Stellen-% Kooperationen: - Verbandskanäle durch Zweckverbände Abwasserreinigungsanlage (ARA) Buholz resp. REAL Baulicher Unterhalt durch Bauunternehmer	Werkhof / Bauabteilung Tiefbauamt 320 Stellen-% Kooperationen: - Betrieb Verbandskanäle Abwasserbehandlung: Zweckverband ARA Rontal - Kanton	Departement Bau und Umwelt, Abteilung Tiefbau 320 Stellen-% Kooperationen: - Betrieb ARA delegiert an Zweckverband REAL	Baudepartement, Abteilung Tiefbau / Werke 140 Stellen-% Kooperationen: - Betrieb und Unterhalt ARA an REAL	Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit, zuständige Dienststelle: Tiefbauamt / Siedlungsentwässerung / Strasseninspektorat 600 Stellen-% Planung, Neu- u. Ausbau, Erneuerung, Netzbewirtschaftung 900 Stellen-% Betrieblicher Unterhalt (eigene Logistik) Kooperationen: - REAL: Betrieb ARA delegiert

Politikfeld	Sachbereich	Adligenswil	Ebikon	Emmen	Kriens	Luzern
	- <i>Inventar</i>	<ul style="list-style-type: none"> - 49.5 km kommunale Kanäle (Trennsystem) - 10 km private Kanäle - 4200 Kontrollschächte, 2 Abwasserpumpwerke, 2 Regenrückhaltebecken - 15.5 km Bäche (öffentlich + privat) 	<ul style="list-style-type: none"> - 21 km kommunale Kanäle (Misch-/Trennsystem) - 80 km private Kanäle mit Kontrollschächten - 13 Spezialbauwerke, 8 Pumpenschächte, 550 Kontrollschächte - 15.4 km Bäche (öffentlich + privat) 	<ul style="list-style-type: none"> - 170 km kommunale Kanäle (Misch-/Trennsystem) - 20 km private Kanäle - 12 Pumpwerke, 4 Entlastungsbauwerke, 3 Regenbecken, 4200 Kontrollschächte - 25 km Bäche (öffentlich + privat) 	<ul style="list-style-type: none"> - Fäkalleitungen 66 km, Meteorwasserleitungen 11km - Privatleitungen ca. 50 km - Kreinbachkanal, 1 Pumpwerk, 1 Regenwasserbecken - 120 km Bäche (öffentlich + privat) - 2500 Entwässerungsschächte - 3100 Kontrollschächte 	<ul style="list-style-type: none"> - 300 km Kanäle öff. Netz - 280 km private Kanäle - 19 Pumpstationen/Pumpwerke, 8 Regenklärbecken, 94 Stck. Sandfänger und Rechenanlagen, 62 Stck. Regenauslässe, Kläranlage Lita - 30 km Bäche offen und eingedolt
	- <i>Leistungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Netzbewirtschaftung und Planung Unterhalt - Betrieb und Unterhalt Netz und Pumpwerke, Toiletten; Unterhalt Gewässer (Bäche) - Erhaltung/Sanierung von 600 m' Leitungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Netzbewirtschaftung und Planung; Bewilligungen und Kontrollen - Betrieblicher Unterhalt der kommunalen Anlagen - Baulicher Unterhalt der kommunalen Anlagen - Netzausbau bei Bedarf durch Bautätigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Netzbewirtschaftung und Planung - Betrieb und Unterhalt des Leitungsnetzes sowie der Anlagen, Uferpflege sämtlicher Gewässer - Erhaltung/Sanierung von 170 m' Leitungen + 1Anlage - Ausbau des Leitungsnetzes von 700 m' Leitungen + 1Anlage plus 50 Schächte 	<ul style="list-style-type: none"> - Unterhalt und Betrieb des Kanalisationsnetzes und der Sonderbauwerke sowie der Bäche - Erhaltung/Sanierung der Leitungen + 1 Pumpwerk und 1 Regenbecken 	<ul style="list-style-type: none"> - Planung & Netzbewirtschaftung, Projektierung des kleinen baulichen Unterhalts (öff. & priv. Netz) - Betrieb Abwasseranlagen, Unterhalt Kanalnetz betrieblich (Reinigung) - Kanalforsch-Untersuchungen; Sand- und Kiesfänge inkl. offene Bachläufe entleeren/reinigen; Seereinigungsarbeiten; kleiner baulicher Unterhalt (öff. & priv. Netz) - Neubau
	Abfallentsorgung (Eigenwirtschaftsbetr.)	<p>54 Stellen-%</p> <p>Kooperationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - KVA durch REAL 	<p>Werkhof / Bauabteilung Umwelt</p> <p>120 Stellen-%</p> <p>Kooperationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - REAL: KVA und Kehrichtabfuhr, Bewirtschaftung div. Recyclingfraktionen - Düring AG: Gemeindesammelstelle und diverse Abfahren und Transporte - Rontalkompost: Grüngutverwertung - Gemeinde Root: Tierkadaververwertung 	<p>Direktion Bau und Umwelt, Umweltschutzstelle</p> <p>45 Stellen-%</p> <p>Abfahren und Entsorgungen del. an diverse private Unternehmen</p> <p>Kooperationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Betrieb KVA sowie Bewirtschaftung einzelne Recyclingfraktionen durch REAL - Betrieb Tierkörperabfuhr durch Reg. Tierkörperabfuhr Luzern und Umg. 	<p>Umwelt- und Sicherheitsdepartement, Abteilung Umwelt / Energie</p> <p>33 Stellen-%</p> <p>Kooperationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Entsorgung von Glas, Alu/Blech, Verwertung von Karton und Glas an REAL - Entsorgung sämtlicher Siedlungsabfälle an REAL ab 2013 	<p>Strasseninspektorat: Ressort Werkdienste (Bereich Logistik)</p> <p>4'700 Stellen-% (Stadt betreibt die Sammellogistik selber)</p> <p>Kooperationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - REAL: Entsorgung sämtlicher Siedlungsabfälle ab 2013 in der Kompetenz von REAL
	- <i>Inventar</i>	<ul style="list-style-type: none"> - 3 Glassammelstellen - 1 Wertstoffsammelstelle (Ökiohof) 	<ul style="list-style-type: none"> - 7 Quartiersammelstellen 	<ul style="list-style-type: none"> - 11 Quartiersammelstellen, 1 bediente Sammelstelle im Werkhof 	<ul style="list-style-type: none"> - Sammelstelle Ökiohof Horw-Kriens, Quartiersammelstellen 	<ul style="list-style-type: none"> - 40 Sammelstellen
	- <i>Leistungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Kehrichtabfuhr für „Aussenstellen“, Betrieb Ökiohof, Papiersammlung 	<ul style="list-style-type: none"> - Organisation von Kehricht-, Grüngut-, Karton- und Papierabfahren, Häckseldient; Kehrichtgrundgebühren: Administration und Rechnungswesen; Information, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit - Aufsicht und Unterhalt Gemeinde- und Quartiersammelstellen 	<ul style="list-style-type: none"> - Planung/Organisation Abfahren + Entsorgung, Planung Sammelstellennetz, Koordination/Zusammenarbeit mit Werkdienst, Ausschreibungen Abfuhr- und Entsorgungsleistungen; Öffentlichkeitsarbeit - Bewirtschaftung Sammelstellennetz - Einrichtung neuer Sammelstellen, Verlegung von Über- nach Unterflur 	<ul style="list-style-type: none"> - Organisation von Kehricht-, Grüngut- und Kartonabfahren und Papiersammlungen; Organisation Sammelstelle Ökiohof Horw-Kriens und spezifische Angebote wie Häckseldient; Information, Beratung und Aktionen - Unterhalt 12 Quartiersammelstellen - Förderung dezentrale Kompostierung - Tierkörperbeseitigung 	<ul style="list-style-type: none"> - Organisation der gesamten Kehricht- und Separatabfallentsorgung - Durchführung der gesamten Kehricht- und Separatabfallentsorgung; Sonderabfahren; Betrieb und Betreuung Entsorgungshof; Entsorgung Tierkadaver - Ab 2013: Erhaltung/Sanierung, Neu-/Ausbau von Entsorgungseinrichtungen im Auftrag und zu Lasten von REAL
	Verbauungen	<p>9 Stellen-%</p> <p>Kooperation :</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gewässerverbauungen mit Kanton 	<p>Werkhof / Bauabteilung Tiefbauamt</p> <p>40 Stellen-%</p>	<p>Departement Bau und Umwelt, Abteilung Tiefbau</p> <p>5 Stellen-%</p> <p>Kooperationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gewässerverbauungen delegiert an Wasserverbauungsgenossenschaften oder Kanton (Planung) 	<p>Baudepartement, Abteilung Tiefbau / Werke</p> <p>20 Stellen-%</p> <p>Renggbachunterhalt delegiert an Renggbachgenossenschaft</p>	<p>Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit, zuständige Dienststelle: Tiefbauamt / Siedlungsentwässerung / Strasseninspektorat</p> <p>100 Stellen-% Netzbewirtschaftung/Planung</p> <p>300 Stellen-% Betrieblicher Unterhalt</p>

Politikfeld	Sachbereich	Adligenswil	Ebikon	Emmen	Kriens	Luzern
	- Inventar		- 12 Sandfänge, 3 Rückhaltebecken		- 700 Bachsperrern beim Renggbach, 42 Kies-sammler	- Gewässerverbauung Kl. Emme Nord, Reuss-wehranlage
	- Leistungen	- Unterhalt Gewässer (Bäche); Reinigung und Unterhalt Geschiebesammler und Rückhaltebecken	- Planung/Projektierung Hochwasserschutz / Schutz vor Naturgefahren - baulicher und betrieblicher Unterhalt, Sanierungen	- Baulicher Unterhalt und Uferpflege sämtlicher Gewässer, Wuhraufsicht	- Planung von Bachverbauungen; Bearbeitung Gesuche Elementarschadenfonds - Unterhalt von Bachverbauungen, Wuhraufsicht und Uferpflege	- Planung von Bachverbauungen, Netzbewirtschaftung - Baulicher und betrieblicher Unterhalt und Uferpflege sämtlicher Gewässer, Wuhraufsicht
	Natur- und Umweltschutz	Energie und Umwelt 18 Stellen-%	Bauabteilung Umwelt 50 Stellen-% Kooperationen: - Feuerungskontrolle: Geschäftsstelle Feuerungskontrolle Luzern - Umweltberatung: Ökoforum Luzern	Direktion Bau und Umwelt, Umweltschutzstelle 35 Stellen-% Kooperationen: - Regionale Konferenz Umweltschutz RKU Feuerungskontrolle: Kontrolltätigkeit und Administration an Privatwirtschaft ausgelagert	Umwelt- und Sicherheitsdepartement, Abteilung Umwelt / Energie 132 Stellen-% Umwelt- und Naturschutzkommission	a) Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit, Dienstabteilung Umweltschutz 820 Stellen-% Kooperationen: Regionalkonferenz Umweltschutz (RKU): - vereinzelt Harmonisierungen im Vollzug von Planung und Bau, vereinzelt gemeinsame Projekte (Öffentlichkeitsarbeit) Umweltberatung (öko-forum): - Kant. Leistungsaufträge Umweltberatung und Energie, Leistungsaufträge div. Gemeinden Feuerungskontrolle: Kontrolltätigkeit und Administration an Privatwirtschaft ausgelagert b) ewl Energieberatung
	- Inventar	-	-	-	-	-
	- Leistungen	Natur- und Landschaftsschutz: - Betrieb und Unterhalt Naturschutzgebiete - Gitterrost- und Neophytenbekämpfung Luftreinhaltung und Klimaschutz: - Lärmschutz: - Nicht-ionisierende Strahlung: - Bodenschutz/Altlasten:	Natur- und Landschaftsschutz: - Projektierungen, Beratung / Information, Organisation von Pflege- und Aufwertungsmassnahmen in Schutzgebieten / -objekten - Pflanzenschutzmassnahmen (Kreuzkraut, Neophyten, Feuerbrand, Birngitterrost usw.) - Durchführung Vernetzungsprojekt Luftreinhaltung und Klimaschutz: - Aufsicht Feuerungskontrolle Lärmschutz: - Vollzug Lärmschutz Nicht-ionisierende Strahlung: - Bodenschutz/Altlasten:	Natur- und Landschaftsschutz: - Pflege, Erhalt, Neuschaffung von Biotopen - Durchführung Vernetzungsprojekt - Ausführen Aufträge/Projekte der Umwelt- und Naturschutzkommission und der Revierkommission Luftreinhaltung und Klimaschutz: - Feuerungskontrolle Lärmschutz: - Nicht-ionisierende Strahlung: - Bodenschutz/Altlasten:	Natur- und Landschaftsschutz: - Betreuung und Pflege von Naturschutzgebieten / wertvollen Objekten - Pflanzenschutzmassnahmen (Wasserkreuzkraut, Feuerbrand, Birngitterrost usw.) - Umsetzung Naturleitplan & Vernetzungsprojekt - Erstellung / Aktualisierung Inventare (Pflanzen- und Tierarten, Naturobjekte) - Sensibilisierungsprojekte/Öffentlichkeitsarbeit (Lehrpfade, Kampagnen, Merkblätter, usw.) Luftreinhaltung und Klimaschutz: - Feuerungskontrolle (Aufsicht, Sanierungsverfügungen etc.) - Bearbeitung von Rauchgasklagen Lärmschutz: - Bearbeitung von Lärmklagen Nicht-ionisierende Strahlung: - Bodenschutz/Altlasten: - Begleitung Altlastenuntersuchungen	Natur- und Landschaftsschutz: - Schutzgebiete und naturnahe Flächen: Umsetzung und Überwachung von Schutz-, Pflege- und Aufwertungsmassnahmen sowie Aufsicht - Ökologischer Ausgleich (Umsetzung Naturschutzleitplan) - Aktualisierung Inventare (Tiere, Pflanzen) - Revitalisierungsprojekte an Bächen und Seeufern (Planung, Umsetzung) - Projektleitung bei Freiraum-Planungen Luftreinhaltung und Klimaschutz: - Feuerungskontrolle - Städtischer Aktionsplan Luftreinhaltung und Klimaschutz - Dokumentation Immissionen / Emissionen Lärmschutz: - Bearbeitung von Lärmklagen Nicht-ionisierende Strahlung: - Kontrolle der Bauvorhaben für Mobilfunkantennen, Sicherstellen der Grenzwerteinhaltung Bodenschutz/Altlasten:

Politikfeld	Sachbereich	Adligenswil	Ebikon	Emmen	Kriens	Luzern
		<ul style="list-style-type: none"> - Nachhaltige Entwicklung: - Fachübergreifende Aufgaben: - 	<ul style="list-style-type: none"> - Vollzug Bodenschutz Nachhaltige Entwicklung: - Fachübergreifende Aufgaben: - Öffentlichkeitsarbeit/Aktionen - Stellungnahmen zu Baubewilligungsverfahren 	<ul style="list-style-type: none"> - Nachhaltige Entwicklung: - Fachübergreifende Aufgaben: - Öffentlichkeitsarbeit, Projekte und Aktionen - Stellungnahmen Baugesuche - Beitrag an Regionale Konferenz Umweltschutz RKU 	<ul style="list-style-type: none"> - Bodenverschmutzungen Familiengartenareale sowie weitere kommunale Parzellen Nachhaltige Entwicklung: - Fachübergreifende Aufgaben: - Informations- und Beratungstätigkeit (Verwaltung, Öffentlichkeit), z.B. vor Genehmigungsverfahren (Bebauungspläne, Gestaltungspläne, Baugesuche; Einsitz in Wettbewerbskommissionen) - Ausarbeitung Stellungnahmen & Vollzug von Bauvorschriften - Einbringen der Sektoralanliegen aller Umweltschutzbereiche in kommunale Geschäfte sowie private Planungen und Bauvorhaben 	<ul style="list-style-type: none"> - Sanierung Schiessanlagen, Bodenverschmutzungen Familiengartenareale sowie weitere städtische Parzellen - Deponieaufsicht Nachhaltige Entwicklung: - Nachhaltigkeits-Indikatoren (Datenerhebung) - Nachhaltigkeitsbeurteilung von Einzelvorhaben Fachübergreifende Aufgaben: - Umwelt-Stellungnahmen zu Bauvorhaben / Planungen - Fachauskünfte und -beratungen - Mitarbeit in Arbeitsgruppen der Schweizer Städte Umweltberatung (öko-forum): - Erstanlaufstelle für die Bevölkerung des gesamten Kantons bei allen Umweltfragen - Aktive Informationstätigkeit (Exkursionen, Kurse, Publikationen)
	Friedhof- und Bestattungswesen	18 Stellen-%	Bauabteilung Friedhofverwaltung / Werkhof 140 Stellen-%	Stabsstelle Kanzlei / Zivilstandsamt 250 Stellen-%	Baudepartement, Abteilung Tiefbau / Werke 330 Stellen-%	Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit, Tiefbauamt, Stadtgärtnerei 1'700 Stellen-% Friedhofverwaltung inkl. Betrieb
	- <i>Inventar</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Friedhofanlage - Aufbahnhalle 	<ul style="list-style-type: none"> - 2 Friedhofanlagen - Aufbahnhalle 	<ul style="list-style-type: none"> - 2 Friedhofanlagen - 2 Aufbahnhallen 	<ul style="list-style-type: none"> - 2 Friedhofanlagen - Aufbahnhalle 	<ul style="list-style-type: none"> - 8 Friedhofanlagen mit 550 Vertragsgräber - 0,21 Mio. m2
	- <i>Leistungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Friedhofverwaltung - Bestattungswesen, Betrieb und Unterhalt Friedhof 	<ul style="list-style-type: none"> - Friedhofverwaltung - Bestattungswesen, Betrieb und Unterhalt Friedhof 	<ul style="list-style-type: none"> - Bestattungswesen; betrieblicher und baulicher Unterhalt der Anlagen 	<ul style="list-style-type: none"> - ca. 180 Bestattungen, Friedhofpflege 	<ul style="list-style-type: none"> - Friedhofverwaltung (Personenmutationen erfolgen i.Z. Bevölkerungsdienste) - ca. 900 Bestattungen, baulicher & betriebl. Unterhalt Friedhofanlagen, Grabunterhalt Vertragsgräber - Erhaltung/Sanierung, Neu-/Ausbau von Friedhofanlagen
	Raumentwicklung	Ortsplanung durch externen Raumplaner	Bauabteilung Hochbau 20 Stellen-% Externer Ortsplaner	Departement Bau und Umwelt, Abteilung Hochbau Planungsaufgaben delegiert an Planungsbüros 360 Stellen-%	Baudepartement, Abteilung Planungen / Baugesuche 20 Stellen-%	Abteilungen Städtebau inkl. Denkmalpflege und Kulturgüterschutz (725 Stellen-%, ohne Baubewilligungswesen) und Stadtentwicklung (485 Stellen-%) insg. 1210 Stellen-%
	- <i>Leistungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Beiträge/Mitarbeit Regionalplanung - Ortsplanung 	<ul style="list-style-type: none"> - Mitarbeit Regionalplanung - Ortsplanung 	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung, Entwicklungsplanung, Richtplanung, Nutzungsplanung, Verkehrsplanung - Heimatschutz und Denkmalpflege; Umsetzung des Bauinventars im Baubewilligungswesen 	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung - Heimatschutz und Denkmalpflege: Führen eines Inventars 	<ul style="list-style-type: none"> - Beitrag an LuzernPlus - Stadtentwicklung: Richtplanung, Nutzungsplanung, Gebietsentwicklungen Quartierpolitik - Städtebau: Denkmalpflege und Kulturgüterschutz, Stadtgestaltung/Ortsbildschutz - Wohnbauförderung: Beiträge an WEG-Aktion Kapitalzinsbeiträge
	Baubewilligungswesen	Bauamt 160 Stellen-%	Bauabteilung Hochbau 140 Stellen-%	Departement Bau und Umwelt, Abteilung Hochbau 200 Stellen-%	Baudepartement, Abteilung Planungen / Baugesuche 340 Stellen-%	Abteilung Städtebau, Baugesuche 710 Stellen-%

Politikfeld	Sachbereich	Adligenswil	Ebikon	Emmen	Kriens	Luzern
	- Leistungen	<ul style="list-style-type: none"> - Baubewilligungsverfahren <ul style="list-style-type: none"> o baubewilligte Wohnungen: 5 (2008) o neu erstellte Wohnungen: 29 (Durchschnitt 2006-2008) 	<ul style="list-style-type: none"> - Baubewilligungsverfahren <ul style="list-style-type: none"> o 110 erteilte Baubewilligungen (2008) o baubewilligte Wohnungen: 181 (2008) o neu erstellte Wohnungen: 80 (Durchschnitt 2006-2008) o 180 Neuwohnungen (2008) o Bauvolumen 41'000'000.- (2008) 	<ul style="list-style-type: none"> - Baubewilligungsverfahren <ul style="list-style-type: none"> o 220 erteilte Baubewilligungen (200x) o baubewilligte Wohnungen: 139 (2008) o neu erstellte Wohnungen: 100 (Durchschnitt 2006-2008) 	<ul style="list-style-type: none"> - Baubewilligungsverfahren, Baupolizei <ul style="list-style-type: none"> o baubewilligte Wohnungen: 95 (2008) o neu erstellte Wohnungen: 122 (Durchschnitt 2006-2008) 	<ul style="list-style-type: none"> - Baubewilligungsverfahren <ul style="list-style-type: none"> o behandelte Baugesuche: 364 (2009) o baubewilligte Wohnungen: 588 (2008) o neu erstellte Wohnungen: 269 (Durchschnitt 2006-2008, Luzern, ohne Littau) o bewilligtes Bauvolumen: 314 Mio Fr. (2009)
	Energiepolitik	Energie und Umwelt Konzessionsvertrag mit CKW für Elektr.versorgung	Bauabteilung Umwelt 10 Stellen-% Kooperationen: - Energieberatung: Ökoforum Luzern	Direktion Bau und Umwelt 0 Stellen-% Kooperationen: - Fernwärme AG Emmen	Umwelt- und Sicherheitsdepartement, Abteilung Umwelt / Energie 50 Stellen-%	a) Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit, Dienstabteilung Umweltschutz b) ewl 130 Stellen-% (ohne ewl)
	- Inventar	<ul style="list-style-type: none"> - Fernwärmanlage/Heizzentrale - Fotovoltaikanlage, Warmwasserenergieanlage, Holzschnitzelfeuerung 		<ul style="list-style-type: none"> - Fernwärmeleitungsnetz 	<ul style="list-style-type: none"> - Fotovoltaik-Anlage Amlehn 	<p>Inventar ewl:</p> <p>Produktion Elektrizität:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Trinkwasser-Kraftwerk Stollen - Trinkwasser-Kraftwerk Gütsch (in Planung) - Kraftwerk Mühlenplatz - Kraftwerk Thorenberg - Kraftwerk Arni - 7 BHKW - 8 Solaranlagen (Photovoltaik) <p>Produktion Wärme:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fern- und Nahwärmenetz für 3'500 Wohnungen. - Energie-Contracting für Heizung, Warmwasser, Klima, Kälte und Dampf. Medium: Holzschnitzel, BHKW, Solaranlagen (Kollektoren) <p>Produktion Biogas:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Biogasanlage Inwil (Swiss Farmer Power Inwil)

Politikfeld	Sachbereich	Adligenswil	Ebikon	Emmen	Kriens	Luzern
	- Leistungen	<ul style="list-style-type: none"> - Energiestadtprozess - Beiträge Wärmenetz 	<ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung Massnahmenprogramm Energie; Einbringen der Energie-Anliegen in Planungen und Bauvorhaben; Energiestadt-Prozess: Vorbereitung Zertifizierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Energiestadt-Prozess - Keine Förder- u. Unterstützungsbeiträge 	<ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung Massnahmenkatalog Energiestadt - Energiestadt-Reaudit (alle 4 Jahre) - Interne und externe Energieberatungen - Sensibilisierungsmassnahmen - Begleitung Anlageplanungen (Heizungen, Kraftwerke etc.) - Kommunales Energieförderprogramm 	<ul style="list-style-type: none"> - Luzern ist Energiestadt (Umsetzung von Massnahmen, Re-Audit alle 4 Jahre); - Erarbeitung einer städtischen Energie- und Klimastrategie - städtischer Richtplan Energie sowie städtisches Energiekonzept (periodische Überarbeitung, Umsetzung) - Energie-Stellungnahmen zu Bauvorhaben / Planungen - Fachauskünfte und -beratungen - Mitarbeit in Arbeitsgruppe der Schweizer Städte; - Städtischer Energiefonds (Bearbeitung und Kontrolle von Gesuchen) - „öko-forum“ (s. oben): Erstanlaufstelle für die Förderprogramme im Energiebereich <p>ewl: Produktion u. Vertrieb: Elektrizität, Wärme und Biogas</p>

3 Soll-Modell

3.1 Generelle Herausforderungen

Die Stadtregion Luzern ist langfristig (nächste 10 Jahre) insbesondere mit folgenden Herausforderungen konfrontiert (bereichsübergreifend)²:

- Zunehmender Standortwettbewerb um Unternehmen, Arbeitskräfte und Einwohner
- Demographische Entwicklung (geringes Bevölkerungswachstum bei gleichzeitig rasanter Alterung) und anhaltende Migration
- Steigende Bedeutung der Agglomerationen als Entwicklungsmotoren und damit steigende Anforderungen an politische Interessenvertretung
- Öffentliche Hand unter Druck: mehr Aufgaben und steigende Erwartungen der BürgerInnen bei abnehmendem finanziellen Spielraum, knappen personellen Ressourcen und Konkurrenz durch private Anbieter; Forderung nach Auslagerung und Privatisierung
- Trend zur 24-Stunden-Gesellschaft

3.2 Fachgruppenspezifische Herausforderungen

Die Fachgruppe geht bei der Ausgestaltung des Verkehrs-, Umwelt- und Raumordnungsbereichs von folgenden Annahmen und Erwartungen für die nächsten Jahre aus:

Allgemein

- Zunehmende Einsprachen und Gesetzesauflagen erschweren Planungsprozesse und führen zu wachsenden Vollzugsdefiziten

Verkehr

- Individuelle Mobilität wird aufgrund von Kapazitätsengpässen beim motorisierten Individualverkehr (MIV) und öffentlichen Verkehr (ÖV) zunehmend eingeschränkt
- Anbindung Richtung Zug/Zürich: beim MIV durch Eröffnung A4 und Autobahnanschluss Rontal verbessert, beim ÖV weiterhin mangelhaft
- Erhöhte Nachfrage nach Rad- und Gehwegen

Infrastruktur

- Alterung der Infrastrukturanlagen sowie steigende Kosten der Werterhaltung mit abnehmenden finanziellen Mitteln
- Steigender Unterhaltsaufwand wegen verstärkter und respektloserer privater Nutzung des öffentlichen Raums (Littering, Vandalismus, etc.)
- Zunahme der hygienischen Anforderungen an Trinkwasser bei zunehmenden Schwankungen der Ressource (Trockenperioden, Überschwemmungen)

² U.a. Grundlagenstudie "Starke Stadtregion Luzern" (2007), Ernst Basler + Partner, S. 8ff.

Umwelt- und Naturschutz / Energiepolitik

- Zunehmende Nachfrage nach ökologisch verträglichen Lösungen in allen Bereichen bei gleichzeitigem Mangel an Spezialfachwissen auf kommunaler Ebene bei vertieften örtlichen Kenntnissen
- Regionale Umsetzung kantonaler bis internationaler Zielsetzungen im Energie-/Klimabereich
- Tendenziell stark steigende Energiepreise und grosse Preisschwankungen

Raumentwicklung

- Starke Zunahme der Wohnungsnachfrage, insbesondere durch Pendler (Zug/Zürich) ⇒ zu kleiner Leerwohnungsbestand und steigende Bodenpreise
- Qualitative Innenverdichtung sowie Quartiererneuerungen von Restrukturierungsgebieten und sozialen Brennpunktquartieren
- Anhaltender Druck auf Natur/Landschaft durch zunehmende Freizeitnutzungen und starken Siedlungsdruck (Hoch- und Tiefbauten)

3.3 Ziele und Soll-Kriterien

Der Ausgestaltung des Verkehrs-, Umwelt- und Raumordnungsbereichs in den beiden Szenarien sind neben den allgemeinen Zielen folgende fachgruppenspezifischen Ziele und Soll-Kriterien zugrunde gelegt:

Allgemein

- Bedürfnisgerechtes (vgl. 24-Stunden-Gesellschaft), urbanes, koordiniertes, professionelles und kundenfreundliches Leistungsangebot
- Schlanke Verwaltung, Abbau von Schnittstellen
- Dezentrales Standortkonzept für zusammengeführte Verwaltung

Verkehr

- Optimierung des Verkehrsnetzes (u.a. Verkehrsleitsystem) aus einer Gesamtverkehrsoptik; ÖV und Velo-/Fussverkehr gegenüber MIV bevorzugen
- Velo-/Fussverkehr: weiterer Netzausbau
- ÖV: schienengebundenes Angebot sowohl lokal wie auch überregional (u.a. in Richtung Zug/Zürich/Flughafen Kloten) erhöhen, Schlüsselprojekte wie Tiefbahnhof Luzern weiterverfolgen, heutiges Busangebot mindestens erhalten
- Flugplatz Emmen: Verzicht auf weitergehende zivile Nutzung (nur RUAG, keine Tourismus-, Geschäfts- & Sportfliegerei), keine Verschärfung der Lärmproblematik gegenüber Status Quo; dafür Verbesserung der ÖV-Anbindung an Flughafen Zürich
- In Verkehrsfragen mehr Gehör bei kantonaler Verwaltung verschaffen, u.a. bei Aufwertungen im Strassenraum

Infrastruktur

- Mindestens Erhalt des heutigen, bedarfsgerechten Infrastruktur-Standards in „Aussenquartieren“
- Regionaler Zusammenschluss und Optimierung der Netze (Wasser, Abwasser, Energie, Wärmeverbund, Kommunikationsnetze etc.)
- Professionelles Erhaltungsmanagement für Gemeindestrassen und Grünflächen (Standarddefinition, ökonomische und ökologische Optimierung)

Umwelt- und Naturschutz / Energiepolitik

- Schonender und nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen (u.a. innere Verdichtung)
- Schützenswerte Natur- und Landschaftsräume und Naherholungsgebiete für die Nachwelt erhalten, aufwerten und vernetzen
- Frühzeitiger und zielgerichteter Umbau des Energieversorgungssystems (Effizienzsteigerungen, Förderung erneuerbarer Energien, Reduktion der Abhängigkeit vom Ausland) ⇒ Fernziel 2000-Watt-Gesellschaft

Raumentwicklung

- Gesamtkonzeption der Raumentwicklung der Stadtregion Luzern (⇒ öffentliche Infrastruktur/Anlagen bzgl. Nutzen wie Lasten zweckmässig und gerecht verteilen)
- Siedlung und Verkehr aufeinander abstimmen, klare Abgrenzung zur Landschaft und zu Naherholungsgebieten ⇒ formale und inhaltliche Abstimmung der kommunalen Nutzungsplanungen resp. deutlich verstärkte überkommunale Koordination
- Attraktive, wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze in Wohnortsnähe (Ziel: Reduktion Pendlerverkehr)
- Qualitativ hochwertige, sorgfältige Stadtentwicklung (gute Wohnqualität, attraktive öffentliche Räume) in gut erschlossenen, zusammenhängenden Entwicklungsräumen unter Schonung der Natur- und Landschaftsräume

4 Szenario Kooperation

4.1 Beschreibung Szenario

Zugunsten einer möglichst guten Vergleichbarkeit der beiden Szenarien werden im Szenario Kooperation alle Verwaltungsbereiche als Ganzes untersucht (mit Ausnahme der gemäss Projektsteuerungsbeschluss / Politikfeldkarte vom 29.3.2010 nicht zu berücksichtigenden Bereiche Abfallentsorgung und Verbauungen).

Die Fachgruppe hat dabei folgende speziellen Annahmen getroffen:

a) Alleine schon die in den Sachbereichen „Strassen, Wege und Plätze“, „Wasserversorgung“ und „Siedlungsentwässerung“ vorhandenen Infrastrukturen weisen einen Wiederbeschaffungswert von 2.9 Mia. Fr. auf. Insgesamt dürften die Werte der Tiefbauinfrastrukturen zusammen mit den Hochbauten den weit überwiegenden Teil der Gemeinde-Vermögen ausmachen (Schätzung >90%). Die Fachgruppe erachtet es deshalb als undenkbar, dass der Haupt-Substanzwert der Gemeinden an den vorgesehenen Mehrzweck-Gemeindeverband (MZGV) transferiert werden. Im Szenario Kooperation geht die Fachgruppe deshalb davon aus, dass zwar Betrieb, Unterhalt und Erneuerung der Infrastrukturbauten weitestmöglich an den MZGV delegiert werden, die Eigentümerverantwortung letztendlich aber bei den Gemeinden bleibt.

b) In den Sachbereichen „Natur- und Umweltschutz“, „Raumentwicklung“ und „Energiepolitik“ müssen die Gemeinden, um den wachsenden Nutzungs- und Siedlungsdruck zu bewältigen, ihr Leistungsniveau ohnehin anheben. Darüber hinaus besteht in den genannten Sachbereichen aber auch das Potential, einerseits die Wohnqualität für die Bevölkerung zu steigern (Erhalt u. Aufwertung Naherholungsräume, Verbesserung Leistungsangebot) und sich andererseits als aufgeschlossen-attraktive Stadtregion Luzern zu profilieren (Stärkung Ausstrahlungskraft). Der Kostenaufwand hierfür ist relativ bescheiden, handelt es sich doch vor allem um Konzept-, Planungs-, und Koordinationsleistungen, welche anschliessend in die normale Verwaltungstätigkeit einfliessen. In beiden Szenarien geht die Fachgruppe deshalb davon aus, dass das Leistungsniveau in diesen Sachbereichen zumindest auf dasjenige der Stadt Luzern angehoben wird.

Die sich im Szenario Kooperation ergebenden Leistungen und Zuständigkeiten lassen sich wie nachfolgend aufgeführt beschreiben:

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Kooperation
Verkehr	Strassen, Wege und Plätze	

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Kooperation
	<i>Ziele</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung eines hinsichtlich des MIV- und Velo-Verkehrs funktions- und leistungsfähigen, auf das ÖV-Angebot abgestimmten Strassen-/Infrastrukturnetzes - Siedlungsverträgliche und attraktive Gestaltung der Strassenräume - Investitionen zum Erhalt der Netzqualität & für Netzoptimierungen
	<i>Inventar / Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Personalbestand (heute): 15'420 Stellen-% Inventar heute: - 61 km Kantonsstrassen - 205 km Gemeindestrassen - 154 km Privatstrassen - 179 km Güterstrassen - 27 km Radwege / Radspuren - 1 bediente Velostation - 12'400 Beleuchtungskandelaber - div. Möblierung öffentlicher Raum (Sitzbänke, Velounterstände, Robidog, Abfalleimer) - 139'000 m2 Strassengrün - 4'520 Bäume im Strassenraum - 5 Werkhöfe
	<i>Leistungen</i>	<p>Gemeindeseitig:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Formulierung Leistungsauftrag - Erfüllungskontrolle <p>Mehrzweck-Gemeindeverband:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Planung & Netzbewirtschaftung - Betrieblicher Unterhalt an Gemeinde- und Kantonsstrassen, Kunstbauten/Ufermauern, Velowegen, Strassenbäumen sowie Infrastruktur im Strassenraum (Abfalleimer, Sitzbänke) - Baulicher Unterhalt an Gemeinde- und Kantonsstrassen sowie obiger Infrastruktur - Neubau Gemeinde- und Kantonsstrassen nach Bedarf
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsamer Leistungsauftrag an Mehrzweck-Gemeindeverband (bzgl. obiger Leistungen) durch Gemeinden
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Jährliche Erneuerung von 1/50 (= Sollwert; Istwert: 1/100) des Wiederbeschaffungswerts der Strasseninfrastruktur

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Kooperation
	<i>Bemerkungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Infrastruktur bleibt bei bisherigem Eigentümer; Sachkompetenz Eigentümer muss erhalten bleiben - Übernahme der Verantwortlichkeit für Kantonsstrassen in gesamter Stadtregion (Leistungsauftrag von Kanton)
	Öffentlicher Verkehr	
	<i>Ziele</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung eines attraktiven, kundenorientierten und auf das MIV-Angebot abgestimmten, nachfrageabhängigen ÖV-Angebots - Optimierung der Netzstruktur
	<i>Inventar / Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Personalbestand (heute): 200 Stellen-% Inventar heute: <ul style="list-style-type: none"> - über 170 Buswartehäuschen / -hallen - Tal- und Bergstation Sonnenbergbahn
	<i>Leistungen</i>	Gemeindeseitig: <ul style="list-style-type: none"> - Formulierung Leistungsauftrag - Erfüllungskontrolle Verkehrsverbund Luzern VVL: <ul style="list-style-type: none"> - Angebots-, Rollmaterial-, Infrastrukturplanung und Netzbewirtschaftung; Mobilitätsmanagement; Qualitätssicherung; Öffentlichkeitsarbeit - Offert- und Bestellprozess
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsamer Leistungsauftrag an VVL (bzgl. obiger Leistungen) durch Gemeinden
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Leistungsangebot voraussichtlich mit ähnlichem Netto-Aufwand möglich (vgl. Bemerkungen)
	<i>Bemerkungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Soeben beschlossene Verkehrsstrategie der Stadt Luzern (Plafonierung MIV, Abwicklung Mehrverkehr über ÖV und Langsamverkehr) noch nicht berücksichtigt - Unterschiedliche Leistungsniveaus (Taktfrequenzen, Haltestellendistanz) in einzelnen Quartieren bleiben weiter bestehen
Umwelt und Raumordnung	Wasserversorgung	
	<i>Ziele</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Regional organisierte Bereitstellung von hochwertigem Trinkwasser - Investitionen zum Erhalt der Netzqualität & für Netzoptimierungen

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Kooperation
	<i>Inventar / Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Personalbestand (heute): 3'930 Stellen-% <p>Inventar heute:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 580 km öff. + 120 km priv. (Emmen, Kriens) Trinkwasserleitungen - 160 km Gebäudezu- / Anschluss-Leitungen - 30 km Brunnennetz - 44 km Transportleitungen - 22 Reservoirs, 18 Pumpwerke/Pumphäuser, 10 Wasserfassungen, 1 Chlordosierstation, 10 Wasser-Messstationen - 3'611 Hydranten
	<i>Leistungen</i>	<p>Gemeindeseitig:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Formulierung Leistungsauftrag - Erfüllungskontrolle <p>Privatrechtliche AG (in Gemeindebesitz):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Netzbewirtschaftung und Planung - Instandhaltung & Betrieb der Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen & des Trinkwassernetzes; Bereitstellung der Infrastruktur für Löschwasserversorgung & Notversorgung der Agglomeration - Neu-/Ausbau der Leitungen
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsamer Leistungsauftrag (bzgl. obiger Leistungen) an privatrechtliche AG (in Gemeindebesitz) durch Gemeinden
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - 100 % Kostendeckung - Jährliche Erneuerung von 1/40 (Sollwert = Istwert) des Wiederbeschaffungswerts der Wasserversorgungsinfrastruktur - Qualitätsstandard durch Vorgaben im Lebensmittelgesetz und Regeln der Technik vorgegeben
	<i>Bemerkungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Infrastruktur bleibt bei bisherigem Eigentümer; Sachkompetenz Eigentümer muss erhalten bleiben
Umwelt und Raumordnung	Siedlungsentwässerung	
	<i>Ziele</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Regional organisierte Entwässerung der Siedlungsabwässer - Investitionen zum Erhalt der Netzqualität & für Netzoptimierungen

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Kooperation
	<i>Inventar / Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Personalbestand (heute): 2'310 Stellen-% <p>Inventar heute:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 618 km kommunale Kanäle (Trennsystem resp. Misch-/Trennsystem) - ca. 440 km private Kanäle - 34 Pumpwerke, 14 Regenrückhalte / -klärbecken, Kläranlage Littau, 23'750 Kontrollschächte, 13 Spezialbauwerke (Ebikon), 10 Entlastungsbauwerke, 62 Regenauflüsse - 206 km Bäche (öffentlich + privat)
	<i>Leistungen</i>	<p>Gemeindeseitig:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Formulierung Leistungsauftrag an Mehrzweck-Gemeindeverband - Erfüllungskontrolle <p>Mehrzweck-Gemeindeverband (komm. Netz) resp. REAL (Verbandsnetz):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Netzbewirtschaftung und Planung - Instandhaltung & Betrieb der Anlagen und & des Leitungsnetzes - Neu-/Ausbau der Leitungen im Trennsystem
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsamer Leistungsauftrag an Mehrzweck-Gemeindeverband (bzgl. komm. Netz) durch Gemeinden - Verbandskanäle und ARA in Zuständigkeit REAL
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - 100 % Kostendeckung - Jährliche Erneuerung von 1/60 (= Sollwert; Istwert: 1/90) des Wiederbeschaffungswerts der Siedlungsentwässerungs-Infrastruktur - Schrittweiser Umbau zu Trennsystem
	<i>Bemerkungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Infrastruktur bleibt bei bisherigem Eigentümer; Sachkompetenz Eigentümer muss erhalten bleiben
	Abfallentsorgung	Gemäss Projektsteuerungsbeschluss / Politikfeldkarte vom 29.3.2010 in den Szenarien nicht zu berücksichtigen
	Verbauungen	Gemäss Projektsteuerungsbeschluss / Politikfeldkarte vom 29.3.2010 in den Szenarien nicht zu berücksichtigen
	Natur- und Umweltschutz	
	<i>Ziele</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Schonender Umgang mit natürlichen Ressourcen - Schützenswerte Natur- und Landschaftsräume erhalten, aufwerten und vernetzen

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Kooperation
	<i>Kennzahlen</i>	– Personalbestand (heute): 1'120 Stellen-%
	<i>Leistungen</i>	<p>Gemeindeseitig:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Formulierung Leistungsauftrag an Mehrzweck-Gemeindeverband – Erfüllungskontrolle <p>Mehrzweck-Gemeindeverband:</p> <p><i>Natur- und Landschaftsschutz:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Umsetzung Naturschutzleitplan, Vernetzungs- und Revitalisierungsprojekte; Aktualisierung/ Neuerstellung Naturinventare – Unterhalt Naturschutzgebiete; Bekämpfung Neophyten und gefährlicher Pflanzenkrankheiten <p><i>Luftreinhaltung und Klimaschutz:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Feuerungskontrolle – Aktionsplan Luftreinhaltung <p><i>Lärmschutz:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Bearbeitung von Lärmklagen <p><i>Nicht-ionisierende Strahlung:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Kontrolle der Bauvorhaben für Mobilfunkantennen (⇒ Grenzwerteinhaltung) <p><i>Bodenschutz/Altlasten:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Sanierung verschmutzter Areale (öffentl. Grund & gemeindeeigene Liegenschaften), Deponieaufsicht <p><i>Fachübergreifende Aufgaben:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Umwelt-Stellungnahmen, insb. im Bereich Planung und Bau – Allg. Informations- und Beratungstätigkeit – Nachhaltigkeit: Erhebung Indikatoren, Projektbewertungen
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	– Gemeinsamer Leistungsauftrag an Mehrzweck-Gemeindeverband (bzgl. obiger Leistungen) durch Gemeinden
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	– Ausweitung des Stadtluzerner Leistungsangebots auf gesamte Stadtregion
	<i>Bemerkungen</i>	– Verglichen mit anderen Stadtregionen sind Handlungsmöglichkeiten und Aufwendungen im Umwelt- und Naturschutz bisher beschränkt und eine Erhöhung des Aufwands angesichts der urbanen Herausforderungen fachlich unumgänglich
Umwelt und Raumordnung	Friedhof- und Bestattungswesen	
	<i>Ziele</i>	– Gewährleistung des Bestattungswesens in einem würdigen Rahmen

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Kooperation
	<i>Inventar / Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Personalbestand (heute): 2'440 Stellen-% Inventar heute: <ul style="list-style-type: none"> – 15 Friedhofanlagen
	<i>Leistungen</i>	Gemeindeseitig: <ul style="list-style-type: none"> – Formulierung Leistungsauftrag an Mehrzweck-Gemeindeverband – Erfüllungskontrolle Mehrzweck-Gemeindeverband: <ul style="list-style-type: none"> – Bestattungswesen & Grabpflege – Betrieblicher und baulicher Unterhalt der Anlagen
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Gemeinsamer Leistungsauftrag an Mehrzweck-Gemeindeverband (bzgl. obiger Leistungen) durch Gemeinden – Weiterführung der dezentralen Friedhofsstandorte
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Ziel: Kostendeckung 100 %, erreichbar ertragsseitig über Erhöhung der Gebühren/Konzessionen und des Leistungsangebots für Private sowie aufwandseitig durch Extensivierung der Grünpflege und Zentralisierung der Verwaltung
	<i>Bemerkungen</i>	–
Umwelt und Raumordnung	Raumentwicklung	
	<i>Ziele</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Aktive und nachhaltige, in eine regionale Gesamtstrategie eingebettete Raumentwicklung (u.a. massvolle Innenverdichtung, Abstimmung Siedlung & Verkehr, Bezeichnung Entwicklungsräume, etc.) – Schaffung eines attraktiven Wohn- und Arbeitsumfeldes und attraktiver Naherholungsgebiete
	<i>Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Personalbestand (heute): 1'610 Stellen-%
	<i>Leistungen</i>	Gemeindeseitig: <ul style="list-style-type: none"> – Formulierung Leistungsauftrag an Mehrzweck-Gemeindeverband – Erfüllungskontrolle – Genehmigung Richtplanungen und Beschluss von Nutzungsplanungen Mehrzweck-Gemeindeverband: <ul style="list-style-type: none"> – Erarbeitung Stadtentwicklungskonzepte, Richtplanung, Nutzungsplanung – Denkmalpflege und Kulturgüterschutz, Stadtbilderhaltung/Ortsbildschutz, Städtebau – Mitarbeit bei LuzernPlus

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Kooperation
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsamer Leistungsauftrag an Mehrzweck-Gemeindeverband (bzgl. obiger Leistungen) durch Gemeinden - Kooperation mit LuzernPlus für grenzüberschreitende Aspekte
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Ausweitung des Leistungsangebots auf gesamte Stadtregion
	<i>Bemerkungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Potentialbereich ⇔ intensivere Stadtentwicklung und Begleitung von Projekten/Bauvorhaben erforderlich - Optimierungen bei Gebührenwesen - Synergiepotential bei Verwaltung (Koordinationsaufwand zwischen Gemeinden hinfällig) und Aufträgen an Externe - Synergien / Abgleich mit dem Bereich Standortförderung - Gesetzesanpassung erforderlich wegen Abtretung Gemeindekompetenzen (gemäss bisheriger Ges.regelung könnte MZGV die überkommunal koordinierten Planungen nur vorbereiten, Entscheide wären aber den einzelnen Gemeinden vorbehalten) - Mittelfristiger Mehraufwand für die Harmonisierung der Planungsinstrumente
Umwelt und Raumordnung	Baubewilligungswesen	
	<i>Ziele</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Effiziente Abwicklung der Baugesuche unter Berücksichtigung der angestrebten Raumentwicklung und Umwelt-/Naturschutzziele
	<i>Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Personalbestand (heute): 1'550 Stellen-%
	<i>Leistungen</i>	<p>Gemeindeseitig:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Formulierung Leistungsauftrag an Mehrzweck-Gemeindeverband - Erfüllungskontrolle <p>Mehrzweck-Gemeindeverband:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Baubewilligungswesen
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsamer Leistungsauftrag an Mehrzweck-Gemeindeverband (bzgl. obiger Leistungen) durch Gemeinden
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - 80 % Kostendeckung (über Baubewilligungsgebühren)
	<i>Bemerkungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Effizienzsteigerung tritt erst nach Harmonisierung der Planungsinstrumente ein
Umwelt und Raum-	Energiepolitik³	

³ Ohne Bereich Energieversorgung, der Aufgabe der eigenwirtschaftlichen Regiebetriebe der Gemeinden ist

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Kooperation
ordnung	Ziele	<ul style="list-style-type: none"> - Regional organisierter, zielgerichteter Umbau des Energieversorgungssystems in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft
	Inventar / Kennzahlen	<ul style="list-style-type: none"> - Personalbestand (heute): 190 Stellen-% (ohne ewl) Inventar Gemeinden (inkl. ewl): <ul style="list-style-type: none"> - 5 Wasserkraftwerke, 7 Blockheizkraftwerke (BHKW), 10 Solaranlagen (Photovoltaik), Warmwasserenergieanlage, Holzschnitzelfeuerung, Fernwärmeanlage/Heizzentrale - Fern- und Nahwärmenetz für >3'500 Wohnungen - Energie-Contracting für Heizung, Warmwasser, Klima, Kälte und Dampf. Medium: Holzschnitzel, BHKW, Solaranlagen (Kollektoren)
	Leistungen	Gemeindeseitig: <ul style="list-style-type: none"> - Formulierung Leistungsauftrag an Mehrzweck-Gemeindeverband, Erfüllungskontrolle Mehrzweck-Gemeindeverband: <ul style="list-style-type: none"> - Energieplanung mit Massnahmen- und Förderprogramm (Energiefonds) - Energiestadt-Prozess - Beratung & Information durch öko-forum
	Organisation und Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsamer Leistungsauftrag an Mehrzweck-Gemeindeverband durch Gemeinden
	Vorgaben und Kennzahlen	<ul style="list-style-type: none"> - Ausweitung des Stadtluzerner Leistungsangebots auf alle Gemeinden
	Bemerkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Im Vergleich zu anderen Stadtregionen sind die Handlungsmöglichkeiten und Aufwendungen in der Energiepolitik bisher relativ beschränkt. Hier besteht ein grosses Potential zur Steigerung der Standortqualität und -förderung.

4.2 Operative und rechtliche Auswirkungen

Es bestehen folgende Auswirkungen bezüglich Finanzen, Personal und Organisation (Verwaltungsstruktur) sowie des rechtlichen Anpassungsbedarfs:

Finanzen

- Kostensenkungen in einzelnen Leistungsbereichen (durch gepoolte Nachfragemenge, professionelle Unterhalts- und Investitionsplanung, Synergieeffekte bei Leistungserbringung des Betriebs / Reduktion von Infrastruktur und Verwaltungsgebäuden / Personal und Overhead), in anderen leichte Kosten-

steigerung durch Ausweitung des Stadtluzerner Leistungsangebots auf Stadtregion

- Einsparungen auf operativer Ebene werden z.T. durch Erhalt von fachlichen Strukturen auf Gemeindeebene kompensiert.
- Schwierige Definition gemeinsamer Richtstandards; vom Richtstandard abweichende Mehrleistungen müssten durch die jeweiligen Bestellergemeinden zusätzlich finanziert werden.
- Siedlungsentwässerung und Wasserversorgung als spezialfinanzierte Bereiche ohne Einfluss auf Gemeindefinanzen, aber Einfluss auf Wasser- und Abwassergebühren

Personal / Organisation (Verwaltungsstruktur)

- Personalbestand beim Mehrzweck-Gemeindeverband (MZGV) im Bereich Unterhalt / Betrieb bleibt weitgehend unverändert, beim Backoffice und den zentralen Diensten sind Synergiegewinne möglich. Diese werden aber durch Erhalt von Personal auf Gemeindeebene (zur Gewährleistung Eigentümerkompetenz und Bewältigung des politischen Prozesses) kompensiert.
- Spezialisierung/Professionalisierung des Personals erforderlich resp. möglich
- Durch gesamthaft mehr verfügbares Personal wird der Pikettdienst einfacher.
- Rolle/Aufgaben und Schnittstellen zu bestehenden Zweckverbänden (REAL, LuzernPlus) neu definieren
- Umgang mit privaten Anlagen (Privatstrassen, Privatkanäle, etc. inkl. Aufsichtspflicht) klären

Rechtlicher Anpassungsbedarf

- Angleichung der Gemeindereglemente (Wasser, Abwasser, BZO, Parkierung, etc.), Gebühren und Rechtsgrundlagen notwendig

Unklarheiten / offene Fragen:

- Zu klären, ob Gesetzesvollzug (bei Baubewilligungswesen, umweltrechtliche Verfügungen) durch Mehrzweckgemeindeverband (MZGV) möglich ist. Wer ist Bewilligungsbehörde (heute häufig Exekutive / Legislative)? Wer trägt die politische Verantwortung?

4.3 Strategische Auswirkungen

Es bestehen folgende Auswirkungen bezüglich Erreichung der Ziele (Effektivität + Effizienz) und der spezifischen Soll-Kriterien (Kap. 3):

- Angleichung von Prozessen (z.B. Projekte, Unterhalt, Rechnungswesen, etc.) in der gesamten Stadtregion

- Straffung und Vereinheitlichung der Infrastruktur, Synergiepotenzial bei Maschinen, Personal, Software und Pikettdiensten
- Grössere Strukturen in einzelnen Fachgebieten ermöglichen mehr Professionalität und führen zu Spezialisierung (und eintönigerer Arbeit).
- Mehr Gewicht gegenüber Energielieferanten und übrigen Leistungserbringer
- Verantwortung für Werterhaltung der Infrastrukturnetze muss aus Lebenszyklus-Sicht wahrgenommen werden (Zeithorizonte 20 - 100 Jahre). Entsprechend anspruchsvoll ist die Aufteilung der Verantwortung das und Reporting zwischen Auftraggeber (Gemeinde) und Leistungserbringer (MZGV).
- Zielerreichung in Sachbereichen Umwelt-/Naturschutz und Energiepolitik wird mit Auslagerung an MZGV deutlich erschwert (Nähe zwischen strategischer und operativer Ebene geht verloren, kompliziertere Strukturen, Synergien fallen weg). Leistungsangebot in der Region wird einheitlicher.
- Aufbau neuer, zusätzlicher Strukturen (Overhead MZGV)
- Steuerung des MZGV durch Delegierte erschwert Ablauf und führt bei Veränderungen zu langwierigen Verhandlungen. Politische Einflussnahme durch Exekutive und Parlament ist nur noch eingeschränkt via Delegierte möglich. Verfahren sind schwerfällig und kompliziert, lange Entscheidungswege machen die Entscheidungsfindung ineffizient.
- Demokratieabbau und eingeschränkte politische Autonomie durch Kompetenztransfer zu MZGV (weniger Einfluss der Bevölkerung)
- Grenzüberschreitende Betrachtungsweise ermöglicht v.a. in operativen, durch Politik wenig tangierten Bereichen (wie z.B. Unterhaltsmanagement) gesamtheitlichere Lösungen. In politisch/strategisch geprägten Bereichen (wie z.B. Energiepolitik, Raumentwicklung, Verkehrsplanung, etc.) mit Beschlussfassung/Kreditvergabe durch Gemeinde ist gemeinsame Planung möglich, aber kongruente Umsetzung erschwert. Spezialfall Raumentwicklung: aufgrund PBG-Bestimmungen bleibt Beschlussfassung zu Nutzungsplanung in Kompetenz der einzelnen Gemeinden.

Unklarheiten / offene Fragen:

- Können die notwendigen fachlichen und betriebswirtschaftlichen Kompetenzen, die für die Bestellerrolle notwendig sind, bei den Gemeinden wirtschaftlich vertretbar aufgebaut und vorgehalten werden?
- Einflussnahmemöglichkeiten der Gemeindeparlamente klären/definieren
- Beantwortung von Parlamentsvorstössen und Stellungnahmen/Mitwirkung in Verfahren von übergeordneten Ebenen (Vernehmlassungen des Bundes, kantonale Bewilligungsverfahren, Projekte von Bund und Kanton): Zuständigkeiten unklar, Entscheidungsfindung schwierig, Abläufe aufwändig.
- Wie wird im MZGV bei heiklen Geschäften mit Minderheitsmeinungen umgegangen (z.B. Vetorecht von betroffenen (Standorts-)Gemeinden, 4/5-Quorum für Beschlussfassung nötig, etc.)?

- Zu klären, wer Eigentümerin der Infrastrukturanlagen ist (Gemeinde oder MZGV), wer über Neu- und Ausbauprojekte der Infrastrukturnetze entscheidet und die erforderlichen Kredite bei vom Richtwert abweichenden Standards einholt, und wie die finanzielle Konsolidierung unterschiedlicher Infrastrukturanlagewerte innerhalb eines MZGV erfolgt.
- Umgang mit Defiziten und Überschüssen

5 Szenario Fusion

5.1 Beschreibung Szenario

Beim Szenario Fusion wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass alle Politikfelder resp. Verwaltungsbereiche in einer neuen Gemeindestruktur zusammengelegt werden, unabhängig davon, ob damit Gewinne bezüglich Effektivität („Stärkung der Stadtregion Luzern“) und/oder Effizienz („economies of scale“) erzielt werden können.

In den Sachbereichen „Natur- und Umweltschutz“, „Raumentwicklung“ und „Energiepolitik“ müssen die Gemeinden, um den wachsenden Nutzungs- und Siedlungsdruck zu bewältigen, ihr Leistungsniveau ohnehin anheben. Darüber hinaus besteht in den genannten Sachbereichen aber auch das Potential, einerseits die Wohnqualität für die Bevölkerung zu steigern (Erhalt u. Aufwertung Naherholungsräume, Verbesserung Leistungsangebot) und sich andererseits als aufgeschlossen-attraktive Stadtregion Luzern zu profilieren (Stärkung Ausstrahlungskraft). Der Kostenaufwand hierfür ist relativ bescheiden, handelt es sich doch vor allem um Konzept-, Planungs-, und Koordinationsleistungen, welche anschliessend in die normale Verwaltungstätigkeit einfließen. In beiden Szenarien geht die Fachgruppe deshalb davon aus, dass das Leistungsniveau in diesen Sachbereichen zumindest auf dasjenige der Stadt Luzern angehoben wird.

Die sich im Szenario Fusion daraus ergebenden Leistungen und Zuständigkeiten lassen sich wie folgt beschreiben:

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Fusion
Verkehr	Strassen, Wege und Plätze	
	<i>Ziele</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung eines hinsichtlich des MIV- und Velo-Verkehrs funktions- und leistungsfähigen, auf das ÖV-Angebot abgestimmten Strassen-/Infrastrukturnetzes - Siedlungsverträgliche und attraktive Gestaltung der Strassenräume - Investitionen zum Erhalt der Netzqualität & für Netzoptimierungen

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Fusion
	<i>Inventar / Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Personalbestand (heute): 15'420 Stellen-% <p>Inventar heute:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 61 km Kantonsstrassen - 205 km Gemeindestrassen - 154 km Privatstrassen - 179 km Güterstrassen - 27 km Radwege / Radspuren - 1 bediente Velostation - 12'400 Beleuchtungskandelaber - div. Möblierung öffentlicher Raum (Sitzbänke, Velounterstände, Robidog, Abfalleimer) - 139'000 m2 Strassengrün - 4'520 Bäume im Strassenraum - 5 Werkhöfe
	<i>Leistungen</i>	<p>Stadtregion:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Planung & Netzbewirtschaftung - Betrieblicher Unterhalt an Gemeinde- und Kantonsstrassen, Kunstbauten/Ufermauern, Velowegen, Strassenbäumen sowie Infrastruktur im Strassenraum (Abfalleimer, Sitzbänke) <p>Externe Auftragnehmer:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Baulicher Unterhalt an Gemeinde- und Kantonsstrassen sowie obiger Infrastruktur - Neubau Gemeinde- und Kantonsstrassen nach Bedarf
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Externe Vergabe von Projektierung und Bau - Intern: Planung und Netzbewirtschaftung, Bauherrenvertretung und betrieblicher Unterhalt (Reinigung, Schneeräumung, etc.) - Konzentration auf 1 zentralen Werkhof-Standort und 2-3 dezentrale Stützpunkte
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Jährliche Erneuerung von 1/50 (= Sollwert; Istwert: 1/100) des Wiederbeschaffungswerts der Strasseninfrastruktur
	<i>Bemerkungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Übernahme der Verantwortlichkeit für Kantonsstrassen in gesamter Stadtregion (Leistungsauftrag von Kanton)
	Öffentlicher Verkehr	
	<i>Ziele</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung eines attraktiven, kundenorientierten und auf das MIV-Angebot abgestimmten, nachfrageabhängigen ÖV-Angebots - Optimierung der Netzstruktur

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Fusion
	<i>Inventar / Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Personalbestand (heute): 200 Stellen-% Inventar heute: <ul style="list-style-type: none"> – über 170 Buswartehäuschen / -hallen – Tal- und Bergstation Sonnenbergbahn
	<i>Leistungen</i>	Stadregion: <ul style="list-style-type: none"> – Formulierung Leistungsauftrag – Erfüllungskontrolle Verkehrsverbund Luzern VVL: <ul style="list-style-type: none"> – Angebots-, Rollmaterial-, Infrastrukturplanung und Netzbewirtschaftung; Mobilitätsmanagement; Qualitätssicherung; Öffentlichkeitsarbeit – Offert- und Bestellprozess
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Gemeinsamer Leistungsauftrag an VVL (bzgl. obiger Leistungen) durch zentrale Verwaltungsstelle
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Leistungsangebot voraussichtlich mit ähnlichem Netto-Aufwand möglich (vgl. Bemerkungen)
	<i>Bemerkungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Soeben beschlossene Verkehrsstrategie der Stadt Luzern (Plafonierung MIV, Abwicklung Mehrverkehr über ÖV und Fuss-/Veloverkehr) noch nicht berücksichtigt – Unterschiedliche Leistungsniveaus (Taktfrequenzen, Haltestellendistanz) in einzelnen Quartieren bleiben weiter bestehen
Umwelt und Raumordnung	Wasserversorgung	
	<i>Ziele</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Regional organisierte Bereitstellung von hochwertigem Trinkwasser – Investitionen zum Erhalt der Netzqualität & für Netzoptimierungen
	<i>Inventar / Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Personalbestand (heute): 3'930 Stellen-% Inventar heute: <ul style="list-style-type: none"> – 580 km öffentliche + 120 km private (Emmen, Kriens) Trinkwasserleitungen – 160 km Gebäudezu- / Anschluss-Leitungen – 30 km Brunnennetz – 44 km Transportleitungen – 22 Reservoirs, 18 Pumpwerke/Pumphäuser, 10 Wasserfassungen, 1 Chlordosierstation, 10 Wasser-Messstationen – 3'611 Hydranten

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Fusion
	<i>Leistungen</i>	<p>Stadtregion:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Formulierung Leistungsauftrag - Erfüllungskontrolle <p>Privatrechtliche AG (in Gemeindebesitz):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Netzbewirtschaftung und Planung - Instandhaltung & Betrieb der Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen & des Trinkwassernetzes; Bereitstellung der Infrastruktur für Löschwasserversorgung & Notversorgung der Agglomeration - Neu-/Ausbau der Leitungen
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Leistungsauftrag an privatrechtliche AG (in Gemeindebesitz) durch zentrale Verwaltungsstelle
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - 100 % Kostendeckung - Jährliche Erneuerung von 1/40 (Sollwert = Istwert) des Wiederbeschaffungswerts der Wasserversorgungsinfrastruktur - Qualitätsstandard durch Vorgaben im Lebensmittelgesetz und Regeln der Technik vorgegeben
	<i>Bemerkungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Infrastruktur bleibt bei bisherigem Eigentümer; Sachkompetenz Eigentümer muss erhalten bleiben
Umwelt und Raumordnung	Siedlungsentwässerung	
	<i>Ziele</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Regional organisierte Entwässerung der Siedlungsabwässer - Investitionen zum Erhalt der Netzqualität & für Netzoptimierungen
	<i>Inventar / Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Personalbestand (heute): 2'310 Stellen-% <p>Inventar heute:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 618 km kommunale Kanäle (Trennsystem resp. Misch-/Trennsystem) - ca. 440 km private Kanäle - 34 Pumpwerke, 14 Regenrückhalte / -klärbecken, Kläranlage Littau, 23'750 Kontrollschächte, 13 Spezialbauwerke (Ebikon), 10 Entlastungsbauwerke, 62 Regenauflüsse - 206 km Bäche (öffentlich + privat)
	<i>Leistungen</i>	<p>Stadtregion resp. REAL (in ihren jeweiligen Netzen):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Netzbewirtschaftung und Planung - Instandhaltung & Betrieb der Anlagen und & des Leitungsnetzes - Neu-/Ausbau der Leitungen im Trennsystem

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Fusion
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Kommunale Abwasseranlagen in Zuständigkeit Gemeinde; Konzentration auf 1 zentralen Werkhof-Standort und 2-3 dezentrale Stützpunkte - Verbandskanäle und ARA in Zuständigkeit REAL
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - 100 % Kostendeckung - Jährliche Erneuerung von 1/60 (= Sollwert; Istwert: 1/90) des Wiederbeschaffungswerts der Siedlungsentwässerungs-Infrastruktur - Schrittweiser Umbau zu Trennsystem
	<i>Bemerkungen</i>	-
	Abfallentsorgung	Gemäss Projektsteuerungsbeschluss / Politikfeldkarte vom 29.3.2010 in den Szenarien nicht zu berücksichtigen
	Verbauungen	Gemäss Projektsteuerungsbeschluss / Politikfeldkarte vom 29.3.2010 in den Szenarien nicht zu berücksichtigen
Umwelt und Raumordnung	Natur- und Umweltschutz	
	<i>Ziele</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Schonender Umgang mit natürlichen Ressourcen - Schützenswerte Natur- und Landschaftsräume erhalten, aufwerten und vernetzen
	<i>Kennzahlen</i>	- Personalbestand (heute): 1'120 Stellen-%
	<i>Leistungen</i>	<p>Natur- und Landschaftsschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung Naturschutzleitplan, Vernetzungs- und Revitalisierungsprojekte; Aktualisierung/ Neuerstellung Naturinventare - Unterhalt Naturschutzgebiete; Bekämpfung Neophyten und gefährlicher Pflanzenkrankheiten <p>Luftreinhaltung und Klimaschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Feuerungskontrolle - Aktionsplan Luftreinhaltung <p>Lärmschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bearbeitung von Lärmklagen <p>Nicht-ionisierende Strahlung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kontrolle der Bauvorhaben für Mobilfunkantennen (⇒ Grenzwert-Einhaltung) <p>Bodenschutz/Altlasten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sanierung verschmutzter Areale (öffentl. Grund & gemeindeeigene Liegenschaften), Deponieaufsicht <p>Fachübergreifende Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Umwelt-Stellungnahmen, insb. im Bereich Planung und Bau

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Fusion
		<ul style="list-style-type: none"> - Allg. Informations- und Beratungstätigkeit (vorwiegend durch öko-forum) - Nachhaltigkeit: Erhebung Indikatoren, Projektbewertungen
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	- Konzentration der Fachverwaltung an 1 Standort
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	- Ausweitung des Stadtluzerner Leistungsangebots auf gesamte Stadtregion
	<i>Bemerkungen</i>	- Verglichen mit anderen Stadtregionen sind Handlungsmöglichkeiten und Aufwendungen im Umwelt- und Naturschutz bisher beschränkt und eine Erhöhung des Aufwands angesichts der urbanen Herausforderungen fachlich unumgänglich
Umwelt und Raumordnung	Friedhof- und Bestattungswesen	
	<i>Ziele</i>	- Gewährleistung des Bestattungswesens in einem würdigen Rahmen
	<i>Inventar / Kennzahlen</i>	- Personalbestand (heute): 2'440 Stellen-% Inventar heute: - 15 Friedhofanlagen
	<i>Leistungen</i>	- Bestattungswesen & Grabbpflege - Betrieblicher und baulicher Unterhalt der Anlagen
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	- Zentralisierung der Friedhofsverwaltung, Konzentration der Bewirtschaftungsstützpunkte auf 3-4 (vgl. Werkhöfe) - Weiterführung der dezentralen Friedhofsstandorte
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	- Ziel (neu): Kostendeckung 100 %, erreichbar ertragsseitig über Erhöhung der Gebühren (Konzession Familiengräber, Abschaffung Gratisbestattungen, Kostenverrechnung Grabbpflege) sowie aufwandseitig durch Extensivierung der Grünpflege und Zentralisierung der Verwaltung
	<i>Bemerkungen</i>	-
Umwelt und Raumordnung	Raumentwicklung	
	<i>Ziele</i>	- Aktive und nachhaltige, in eine regionale Gesamtstrategie eingebettete Raumentwicklung (u.a. massvolle Innenverdichtung, Abstimmung Siedlung & Verkehr, Bezeichnung Entwicklungsräume, etc.) - Schaffung eines attraktiven Wohn- und Arbeitsumfeldes und attraktiver Naherholungsgebiete
	<i>Kennzahlen</i>	- Personalbestand (heute): 1'610 Stellen-%

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Fusion
	<i>Leistungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Stadtentwicklungskonzepte, Richtplanung, Nutzungsplanung, Sondernutzungsplanung – Denkmalpflege und Kulturgüterschutz, Stadtbilderhaltung/Ortsbilschutz, Städtebau – Mitarbeit bei LuzernPlus
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Externe Vergabe von Planung/Projektierung und grösseren Anpassungen – Intern: Steuerung und Begleitung von ext. vergebenen Projekten sowie kleinere Anpassungen – Kooperation mit LuzernPlus für grenzüberschreitende Aspekte
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Ausweitung des Stadtluzerner Leistungsangebots auf gesamte Stadtregion
	<i>Bemerkungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Im Vergleich zu anderen Stadtregionen sind die Handlungsmöglichkeiten und Aufwendungen in der Raumentwicklung bisher relativ beschränkt. Hier besteht ein grosses Potential zur Steigerung der Standortqualität und -förderung. – Synergiepotential bei Verwaltung (Koordinationsaufwand zwischen Gemeinden hinfällig) und Aufträgen an Externe – Optimierungen bei Gebührenwesen (z.B. Sondernutzungspläne) – Synergien / Abgleich mit Bereich Standortförderung – Mittelfristiger Mehraufwand für die Harmonisierung der Planungsinstrumente
Umwelt und Raumordnung	Baubewilligungswesen	
	<i>Ziele</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Effiziente Abwicklung der Baugesuche unter Berücksichtigung der angestrebten Raumentwicklung und Umwelt-/Naturschutzziele
	<i>Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Personalbestand (heute): 1'550 Stellen-%
	<i>Leistungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Baubewilligungswesen
	<i>Organisation und Zuständigkeiten</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Konzentration auf 1 Verwaltungsstandort
	<i>Vorgaben und Kennzahlen</i>	<ul style="list-style-type: none"> – 80 % Kostendeckung (über Baubewilligungsgebühren)
	<i>Bemerkungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> – Effizienzsteigerung tritt erst nach Harmonisierung der Planungsinstrumente ein
Umwelt und Raum-	Energiepolitik⁴	

⁴ Ohne Bereich Energieversorgung, der Aufgabe der eigenwirtschaftlichen Regiebetriebe der Gemeinden ist

Politikfeld	Sachbereich	Szenario Fusion
ordnung	Ziele	<ul style="list-style-type: none"> - Regional organisierter, zielgerichteter Umbau des Energieversorgungssystems in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft
	Inventar / Kennzahlen	<ul style="list-style-type: none"> - Personalbestand (heute): 190 Stellen-% (ohne ewl) Inventar Gemeinden (inkl. ewl): <ul style="list-style-type: none"> - 5 Wasserkraftwerke, 7 Blockheizkraftwerke (BHKW), 10 Solaranlagen (Photovoltaik), Warmwasserenergieanlage, Holzschnitzelfeuerung, Fernwärmanlage/Heizzentrale - Fern- und Nahwärmenetz für >3'500 Wohnungen - Energie-Contracting für Heizung, Warmwasser, Klima, Kälte und Dampf. Medium: Holzschnitzel, BHKW, Solaranlagen (Kollektoren)
	Leistungen	Gemeindeseitig: <ul style="list-style-type: none"> - Energie- und Klimastrategie - Energieplanung mit Massnahmen- und Förderprogramm (Energiefonds) - Energiestadt-Prozess - Beratung & Information durch öko-forum - Formulierung Leistungsauftrag an privatrechtliche AG (in Gemeindebesitz), Erfüllungskontrolle Privatrechtliche AG (in Gemeindebesitz): <ul style="list-style-type: none"> - Erfüllung des Leistungsauftrags der Gemeinde
	Organisation und Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> - Leistungsauftrag an privatrechtliche AG (in Gemeindebesitz) durch zentrale Verwaltungsstelle
	Vorgaben und Kennzahlen	<ul style="list-style-type: none"> - Ausweitung des Stadtluzerner Leistungsangebots auf alle Gemeinden
	Bemerkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Im Vergleich zu anderen Stadtregionen sind die Handlungsmöglichkeiten und Aufwendungen in der Energiepolitik bisher relativ beschränkt. Hier besteht ein grosses Potential zur Steigerung der Standortqualität und -förderung.

5.2 Operative und rechtliche Auswirkungen

Es bestehen folgende Auswirkungen bezüglich Finanzen, Personal und Organisation (Verwaltungsstrukturen) sowie des rechtlichen Anpassungsbedarfs:

Finanzen

- Kostensenkungen in einzelnen Leistungsbereichen (durch gepoolte Nachfrage, professionelle Unterhalts- und Investitionsplanung, Synergieeffekte)

te bei Leistungserbringung des Betriebs / Reduktion von Infrastruktur und Verwaltungsgebäuden / Personal und Overhead), in anderen leichte Kostensteigerung durch Ausweitung des Stadtluzerner Leistungsangebots auf Stadtregion

- Siedlungsentwässerung und Wasserversorgung als spezialfinanzierte Bereiche ohne Einfluss auf Gemeindefinanzen, aber Einfluss auf Wasser- und Abwassergebühren

Personal / Organisation (Verwaltungsstruktur)

- Personalbestand im Bereich Unterhalt / Betrieb bleibt weitgehend unverändert, beim Backoffice und den zentralen Diensten sind Synergiegewinne möglich.
- Spezialisierung/Professionalisierung des Personals erforderlich resp. möglich
- Durch gesamthaft mehr verfügbares Personal wird der Pikettdienst einfacher.
- Organisationsstruktur wesentlich einfacher als diejenige einer Kooperation
- Rolle/Bedeutung Zweckverbände (LuzernPlus, REAL) und ewl/CKW in deutlich vergrössertem Gemeindegebiet klären

Rechtlicher Anpassungsbedarf

- Vollständige Harmonisierung bei Reglementen sowie Gebühren (Vereinfachung)

5.3 Strategische Auswirkungen

Es bestehen folgende Auswirkungen bezüglich Erreichung der Ziele (Effektivität + Effizienz) und der spezifischen Soll-Kriterien (Kap. 3):

- Für die Bevölkerung spürbar verbesserte Leistungserbringung (Erkenntnisse aus Fusion mit Littau)
- Vereinheitlichung von Prozessen (z.B. Projekte, Unterhalt, Rechnungswesen, etc.) in der gesamten Stadtregion
- Infolge Reduktion der politischen Gremien (Exekutive/Parlament) Vereinfachung der politischen Entscheidungsabläufe und Reduktion der Kosten
- Straffung und Vereinheitlichung der Infrastruktur, Synergiepotenzial bei Maschinen, Personal, Software und Pikettdiensten
- Grössere Strukturen in einzelnen Fachgebieten ermöglichen mehr Professionalität und führen zu Spezialisierung (und eintönigerer Arbeit).
- Weniger „Kirchturmpolitik“ durch Zusammenlegung der Parlamente – d.h. mehr fachbezogene Entscheide.
- Dank einheitlichen kommunalen Rechtsgrundlagen und einheitlichen Prozessen/Routinen (bei Raumplanungen, Baubewilligungen, usw.) ist im fusio-

- nierten Gemeindegebiet eine effiziente Aufgabenerfüllung möglich (Vereinfachung bei Regelung und Vollzug)
- Räumliche Erweiterung der Mitwirkung/Mitsprache-Möglichkeit der Bevölkerung (über die heutigen Gemeindegrenzen hinaus)
 - Demokratische Legitimation der Entscheide
 - Nivellierung der Standards (Reduktion Standards in der Stadt, eher Anstieg in anderen Gemeinden)
 - Einheitlicher Natur- und Umweltschutz in der Region, einheitliche Förderung im Bereich Energie
 - Raumentwicklung: Koordination führt zu effizienteren Raumnutzung; gezieltes Erschliessen grösserer zusammenhängender Gebiete (z.B. Luzern Nord und Luzern Süd); Schaffung von Ansiedlungsmöglichkeiten für grössere wertschöpfungsintensive Firmen; Erreichung einer höheren städtebaulichen Qualität bei Planung und Bebauung; Gesamtrevision der Bau- und Zonenordnungen noch komplexer
 - Effizienterer Schutz der attraktiven Natur- und Landschaftsräume möglich und notwendig
 - Steigerung der Standortattraktivität (höherwertige Flächen für Wohnen und Gewerbe, punktuell bessere Infrastruktur, günstigere Steuern)
 - Mehr Gewicht gegenüber Energielieferanten und übrigen Leistungserbringer
 - Mehr Durchsetzungskraft gegenüber Kanton und Bund; gute Chancen, Kanton Zugeständnisse abzurufen (z. B. Kompetenzen in der Verkehrsplanung)
 - Faktische Einheit wird auch politische Einheit (gesamtheitliche Planung von funktionalen Räumen, z.B. koordinierte Verkehrsentwicklung/strategische Mobilitätsentwicklungsplanung für die ganze Agglomeration über alle Verkehrsträger als abgestimmte Grundlage für die Auslösung von Neu- und Ausbauprojekten ⇒ sichert Effektivität der Massnahmen und fördert Abstimmung zwischen Mobilitäts- und Siedlungsentwicklung)

6 Bewertung der Szenarien

6.1 Vorbemerkungen

1. **Veränderte Gliederung:** Die in den vorherigen Kapiteln auf der harmonisierten Rechnungslegung (HRM) basierende Gliederung wurde in der nachfolgenden Bewertung (Kap. 6.2/6.3) aufgrund von unterschiedlichen Charakteristika in ein infrastruktureprägtes („Verkehr & Infrastrukturen“) sowie ein planungsorientiertes, weitgehend infrastrukturloses Politikfeld („Planung“) zusammengefasst.
2. **Zusatzaufwand in Übergangsphase:** Die in den folgenden Kapiteln 6.2/6.3 aufgeführten Finanzaufgaben beziehen sich auf einen Zustand ca. 6-8 Jahre nach Entscheidung zu Kooperation/Fusion. Vorgängig fallen in einer mehrjährigen Übergangsphase erhebliche Zusatzaufwendungen infolge Harmonisierungen etc. an, die in den aufgeführten Zahlen nicht enthalten sind.
3. **Bestehendes Defizit bei der Werterhaltung von Tiefbauinfrastruktur:** In den Fachbereichen „Strassen, Wege & Plätze“ sowie „Siedlungsentwässerung“ ist im heutigen Zustand eine markante Differenz zwischen realisierten und notwendigen Investitionen festzustellen. Anstelle des in den Werterhalt investierten Betrags von 40 Mio. wären 59 Mio. notwendig, um das Infrastrukturnetz in der angemessenen Qualität zu erhalten (vgl. nachfolgende Tabelle). Im Bereich Strassen wird heute jährlich 1/100 des Wiederbeschaffungswerts der Infrastruktur erneuert, im Bereich Kanalisation 1/90. Aus einer Lebenszyklussicht notwendig wären hingegen 1/50 resp 1/60. Einzig im Bereich Wasserversorgung entsprechen die realisierten Investitionen in etwa den notwendigen.

	Wiederbeschaffungswert WBW	Betrieb und Unterhalt pro Jahr	Investitionen pro Jahr	WBW x Erneuerungsfaktor in %	Differenz geplante/notwendige Investition
	Mio	Mio	Mio	Mio	Mio
Strassen	1073	23	9	21	-11
Wasserversorgung	699	12	18	19	-1
Siedlungsentwässerung	1149	4	13	20	-7
Total	2922	39	40	59	-19

Dieses szenariounabhängige Defizit ist in den nachfolgend angegebenen Finanzaufgaben nicht berücksichtigt. Dennoch besteht hier Handlungsbedarf seitens aller Gemeinden.

6.2 Bewertung Politikfeld „Verkehr & Infrastrukturen“

Im Politikfeld „Verkehr & Infrastrukturen“ (d.h. die Fachbereiche "Strassen, Wege & Plätze", "öffentlicher Verkehr", "Wasserversorgung", "Siedlungsentwässerung" und "Friedhof- und Bestattungswesen") ist die Fachgruppe, gestützt auf die in Kapitel 3 erwähnten allgemeinen sowie fachspezifischen Kriterien und im Vergleich zum Status Quo zu folgender Einschätzung gelangt:

Kriterien Sachziele	Szenario Kooperation	Szenario Fusion
1. Stärkung Ausstrahlungskraft + politisches Gewicht	<ul style="list-style-type: none"> • Ausstrahlungskraft: Mit Ausnahme der Verkehrsplanung insgesamt geringer Beitrag der Infrastruktur-Fachbereiche (⇒ es muss „im Stillen“ funktionieren, ohne gross Lorbeeren holen zu können) • Einheitlicherer Auftritt denkbar • Politisches „Leichtgewicht“ Mehrzweck-Gemeindeverband (MZGV): unbekannter Akteur mit fraglicher Akzeptanz bei schweizweiten Projekten (A2-Bypass, Tiefbahnhof Luzern, Zukunft Flugplatz Emmen, etc.) • Verkehrsplanung: gesteigerte Einflussnahmemöglichkeit gegenüber Kanton 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausstrahlungskraft: Mit Ausnahme der Verkehrsplanung insgesamt geringer Beitrag der Infrastruktur-Fachbereiche (⇒ es muss „im Stillen“ funktionieren, ohne gross Lorbeeren holen zu können) • Einheitlicher Auftritt gesichert • Viertgrösste Stadt der Schweiz: verdoppelte Einwohnerzahl steigert politisches Gewicht (z.B. bei A2-Bypass, Tiefbahnhof Luzern, Zukunft Flugplatz Emmen, etc.) • Verkehrsplanung: deutlich gesteigerte Einflussnahmemöglichkeit gegenüber Kanton bei Verkehrsfragen
2. Verbesserung der Koordination unter den beteiligten Gemeinden	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserte Koordination: durch gemeinsam formulierte Leistungsaufträge an MZGV Angleichung der Leistungen, Standards und Gebühren; über Richtstandard hinausgehende Leistungen möglich, aber durch Bestellergemeinde zu finanzieren • Einheitlichere Bestimmungen durch Angleichung der Gemeindereglemente • Zusätzliche Schnittstellen: infolge Aufgabenteilung zwischen neu gegründetem MZGV (Leistungserbringer) und Gemeinden (Leistungsbesteller & Eigentümer) wird Kompetenz-/Aufgabenregelung notwendig, und es entstehen neue Schnittstellen 	<ul style="list-style-type: none"> • Vollständige Koordination durch Wegfall der Gemeindegrenzen • Gleiche Bestimmungen: vereinheitlichte Reglemente über gesamte Stadtregion • Abbau von Schnittstellen durch schlankere, konzentrierte Verwaltung
3. Verbesserung des Leistungsangebots	<ul style="list-style-type: none"> • Ganzheitlichere Lösungen durch grenzüberschreitende operative Tätigkeiten und teilweise auch Planung, sofern einheitliche Umsetzung gewährleistet • Höhere Professionalität in Planung und Betrieb durch grössere Strukturen und Spezialisierung • Qualitätsgarantie durch Basis-Richtstandard (bei gleichzeitiger Möglichkeit zur Bestellung erhöhter Standards) • Grössere Distanz zwischen Leistungserbringer und Bevölkerung • Potential zu Strassenraum-Aufwertungen: Übernahme der Verantwortlichkeit für Kantonsstrassen vom Kanton in gesamter Stadtregion führt zu Ausweitung der Gestaltungsspielräume • Gesamtverkehrsplanung und –steuerung denkbar 	<ul style="list-style-type: none"> • Ganzheitliche Lösungen: durch Planung und Unterhaltsmanagement in funktionalen Räumen spürbar verbesserte Leistung für Bevölkerung • Höhere Professionalität in Planung und Betrieb durch grössere Strukturen und Spezialisierung • Nivellierung des Standards: bedarfsgerechte Angleichung von Leistungsangebot führt tendenziell zu Anhebung in Ausenquartieren und Senkung im Zentrum • Potential zu Strassenraum-Aufwertungen: Übernahme der Verantwortlichkeit für Kantonsstrassen vom Kanton in gesamter Stadtregion führt zu Ausweitung der Gestaltungsspielräume • Gesamtverkehrsplanung und –steuerung gesichert
4. Nutzung der Grössenvorteile bei Leistungserstellung	<ul style="list-style-type: none"> • Gepoolte Nachfragemengen und Auftragsvergaben an externe Planer • Synergien bei Infrastruktur und Betriebsleistungen (Verwaltungsgebäude, Personal und Overhead; v.a. bei operativen Tätigkeiten) • Komplexere Abläufe: informelle Absprachen etc. in grösserer und spezialisierterer Verwaltung schwieriger 	<ul style="list-style-type: none"> • Gepoolte Nachfragemengen und Auftragsvergaben an externe Planer • Synergien bei Infrastruktur und Betriebsleistungen (Verwaltungsgebäude, Personal und Overhead) wie auch in der Planung • Komplexere Abläufe: informelle Absprachen etc. in grösserer und spezialisierterer Verwaltung schwieriger • Eigene städtische Regiebetriebe: erhöhte Einwohnerzahl erlaubt die Gründung von Regiebetrieben (ohne MwSt-Pflicht und Gewinnvorgaben)
5. Gewährleistung der demokratischen Mitbestimmung	<ul style="list-style-type: none"> • Demokratieabbau durch Kompetenztransfer: Beschneidung der Einflussnahmemöglichkeit durch Gemeindeorgane und Bevölkerung zur Erhalt der Handlungsfähigkeit des MZGV • Verminderte Einflussnahme: Heraufsetzung des Schwellenwerts der durch Verwaltung eigenhändig sprechbaren Projektbudgets 	<ul style="list-style-type: none"> • Veränderte Einflussnahme: die Mitsprache-/Mitwirkungsmöglichkeit von Bevölkerung wie Parlament wird auf das gesamte Gemeindegebiet ausgeweitet (funktionale Einheit = politische Einheit), die einzelne Stimme von StimmbürgerIn zählt aber weniger; Heraufsetzung des Schwellenwerts der durch Verwaltung eigenhändig sprechbaren Projektbudgets; Autonomie der neuen Quartiere (= ehemalige Gemeinden) bei umstrittenen Standortentscheiden nicht mehr gegeben, da gesamte Stadtregion mitentscheidet

Finanzielle Auswirkungen	Szenario Kooperation			Szenario Fusion		
a) Auf Nettoausgaben	Entwicklung Mehrausgaben (netto) * : → +5 bis -5%	Spannweite ** : - 4 bis +/- 0 Mio.	Begründungen: <ul style="list-style-type: none"> Reduktion Nettoaufwand bei operativen Tätigkeiten (v.a. bei Verwaltung und zentralen Diensten, Reduktion Werkhofstandorte, gepoolte Nachfragemengen, etc.) Reduktion Nettoaufwand durch kostendeckendes Friedhof- und Bestattungswesen Steigerung Nettoaufwand durch Doppelstrukturen infolge Erhalt von Eigentümerkompetenz pro Gemeinde (Politikberatung) Leichte Steigerung des Nettoaufwands aufgrund Angebotsausbau ÖV 	Entwicklung Mehrausgaben (netto) * : ↘ - 5 bis -10%	Spannweite: - 8,5 bis +/- 0 Mio.	Begründungen: <ul style="list-style-type: none"> Reduktion Nettoaufwand bei operativen Tätigkeiten (vgl. Kooperation) und Synergien bei Planung & Netzmanagement Reduktion Nettoaufwand durch kostendeckendes Friedhof- und Bestattungswesen Leichte Steigerung des Nettoaufwands aufgrund Angebotsausbau ÖV
b) Auf Nettoinvestitionen	Entwicklung Mehrausgaben (netto) * : → +5 bis -5%	Spannweite ** : +/- 0 Mio.	Begründungen: <ul style="list-style-type: none"> Szenario-spezifische Veränderung der Nettoinvestitionen nicht genau abschätzbar 	Entwicklung Mehrausgaben (netto): → +5 bis -5%	Spannweite: +/- 0 Mio.	Begründungen: <ul style="list-style-type: none"> Szenario-spezifische Veränderung der Nettoinvestitionen nicht genau abschätzbar

Kriterien Rahmenbedingungen	Szenario Kooperation	Szenario Fusion
1. Machbarkeit	<ul style="list-style-type: none"> Machbarkeit eingeschränkt: Umsetzung des Kooperationsmodells realistischerweise auf operative Bereiche beschränkt; stark politisch-strategisch geprägte Bereiche (z.B. Verkehrsplanung, Standortfragen von Grossinfrastrukturen, etc.) werden wohl aus verschiedenen Gründen (Finanzhoheit/-verantwortung und Autonomie der Gemeinden, etc.) ausgeklammert bleiben 1 Leistungserbringer – 5 Eigentümer: anspruchsvolles, heikles Verhältnis durch Trennung von operativer (MZGV) und strategischer Ebene (Gemeinde) Zeitaufwändige und schwierige Diskussionen: zur Angleichung von Reglementen, Definition von Richtstandards, Klärung von Eigentumsfragen bei Infrastruktur, etc. Spannungsfeld: Abdeckung Gemeinde-/Bevölkerungsansprüche ↔ funktionsfähige Organisation des MZGV Abgabe Kantonsstrassen-Verantwortung an Stadtregion: unsichere Zustimmung durch Kanton Berücksichtigung bestehender Strukturen/Organisationen: Verhältnis/Aufgabenteilung zu Zweckverbänden (VVL, REAL) bleibt; bei Wasserversorgung Ausdehnung Versorgungsauftrag ewl über gesamte Stadtregion vorgesehen, d.h. Aufgabe der privaten Genossenschaft Wasserversorgung Adligenswil (technisch problemlos, aber einige rechtliche und Umsetzungsfragen, u.a. zu Eigentums-Transfer) 	<ul style="list-style-type: none"> Machbarkeit grundsätzlich unproblematisch, da Fusionsmodell mit heutigen Strukturen operiert 1 Leistungserbringer – 1 Eigentümer: unproblematisch Zeitaufwändige Diskussionen v.a. Anfangsphase ist anspruchsvoll, anschliessend effiziente und einfache Leistungserbringung Abgabe Kantonsstrassen-Verantwortung an Stadtregion: unsichere Zustimmung durch Kanton Berücksichtigung bestehender Strukturen/Organisationen: Verhältnis/Aufgabenteilung zu Zweckverbänden (VVL, REAL) bleibt; bei Wasserversorgung Ausdehnung Versorgungsauftrag ewl über gesamte Stadtregion vorgesehen, d.h. Aufgabe der privaten Genossenschaft Wasserversorgung Adligenswil (technisch problemlos, aber einige rechtliche und Umsetzungsfragen, u.a. zu Eigentums-Transfer)
2. Akzeptanz	<ul style="list-style-type: none"> Politik: unklarer Minderheitenschutz: Bestimmungen zu Umgang mit Minderheitenmeinungen in heiklen Geschäften / Projekten elementar wichtig für Akzeptanz (z.B. Vetorecht, oder 4/5-Quorum nötig zur Beschlussfassung, etc.) Bevölkerung: bei Wasserversorgung unsichere Akzeptanz des Luzerner Modells mit privatrechtlicher, vollständig in Gemeindebesitz befindlicher AG und Aufgabe der Genossenschaft Wasserversorgung Adligenswil; Gebührenerhöhung im Bestattungswesen sicherlich umstritten Mitarbeitende: notwendige Spezialisierung verm. v.a. bei Mitarbeitender der kleineren Gemeinden umstritten 	<ul style="list-style-type: none"> Bevölkerung: bei Wasserversorgung unsichere Akzeptanz des Luzerner Modells mit privatrechtlicher, vollständig in Gemeindebesitz befindlicher AG und Aufgabe der Genossenschaft Wasserversorgung Adligenswil; Gebührenerhöhung im Bestattungswesen sicherlich umstritten Mitarbeitende: notwendige Spezialisierung verm. v.a. bei Mitarbeitender der kleineren Gemeinden umstritten

* Einordnung der Fachgruppenschätzung (**) in Raster Projektsteuerung

** geschätzt durch Fachgruppe „Verkehr / Umweltschutz und Raumordnung“

6.3 Bewertung Politikfeld Planung

Im Politikfeld „Planung“ (d.h. die Fachbereiche "Natur- und Umweltschutz", "Raumentwicklung", "Baubewilligungswesen" und "Energiepolitik") ist die Fachgruppe, gestützt auf die in Kapitel 3 erwähnten allgemeinen sowie fachspezifischen Kriterien und im Vergleich zum Status Quo zu folgender Einschätzung gelangt:

Kriterien Sachziele	Szenario Kooperation	Szenario Fusion
1. Stärkung Ausstrahlungskraft + politisches Gewicht	<ul style="list-style-type: none"> • Einheitlicher Auftritt denkbar • Politisches „Leichtgewicht“ Mehrzweck-Gemeindeverband (MZGV): unbekannter Akteur mit fraglicher Akzeptanz bei schweizweiten Projekten und Diskussionen (z.B. zu Metropolitanräumen, Zukunft Flugplatz Emmen, etc.) • Koordiniertere Entwicklung der Stadtregion: grenzübergreifende Planung steigert Standortattraktivität 	<ul style="list-style-type: none"> • Einheitlicher Auftritt gesichert • Viertgrösste Stadt der Schweiz: verdoppelte Einwohnerzahl steigert politisches Gewicht (z.B. in Diskussion zu Metropolitanräumen, Zukunft Flugplatz Emmen, etc.); mehr Stadtluzerner tragen ihre „Marke“ nach aussen • Ausstrahlung in Region: Leistungsniveau und Standards einer starken Stadtregion strahlen auch in Region aus • Koordinierte Stadtentwicklung: Planung aus 1 Hand steigert Standortattraktivität deutlich
2. Verbesserung der Koordination unter den beteiligten Gemeinden	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserte Koordination: durch gemeinsam formulierte Leistungsaufträge an MZGV Angleichung der Leistungen, Standards und Gebühren • Einheitlichere Bestimmungen: durch Angleichung der Gemeindereglemente • Gemeinsame Projekte und Kampagnen in Umwelt- und Energiepolitik denkbar • Verringerte „Kirchturmpolitik“ • Zusätzliche Schnittstellen: infolge Aufgabenteilung zwischen neu gegründetem MZGV (Leistungserbringer) und Gemeinden (Leistungsbesteller & Eigentümer) wird Kompetenz-/Aufgabenregelung notwendig, und es entstehen neue Schnittstellen 	<ul style="list-style-type: none"> • Vollständige Koordination • Gleiche Bestimmungen: einheitliche Reglemente über gesamte Stadtregion • Einheitliche Projekte und Kampagnen in Umwelt- und Energiepolitik • Keine „Kirchturmpolitik“ • Abbau von Schnittstellen durch schlankere, konzentrierte Verwaltung
3. Verbesserung des Leistungsangebots	<ul style="list-style-type: none"> • Ganzheitlichere Lösungen durch grenzüberschreitende Planung • Höhere Professionalität durch grössere Strukturen, Spezialisierung und einheitlichere Prozesse • Ausweitung des Stadtluzerner Leistungsangebots auf gesamte Stadtregion • Koordinierterer Erhalt von Freiräumen und Naherholungsgebieten • Gemeindeübergreifende Planung ⇔ gemeindeweise Beschlussfassung z.B. von Nutzungsplanung erschwert einheitliche, kongruente Umsetzung • Gesamtkonzeption der Raumentwicklung (vgl. Fusion) denkbar, aber schwierige Verhandlungen zu Finanzierungen, Standorten, Ausgleichsmechanismen etc. absehbar • Angegliche Baubewilligungspraxis stärkt Wirtschaftsstandort • Einheitliches Förderprogramm bzgl. erneuerbarer Energien / Haussanierungen, etc. 	<ul style="list-style-type: none"> • Ganzheitliche Lösungen durch gesamtheitliche Planung in funktionalen Räumen • Höhere Professionalität durch grössere Strukturen, Spezialisierung und einheitliche Prozesse • Ausweitung des Stadtluzerner Leistungsangebots auf gesamte Stadtregion • Ganzheitlicher Erhalt von Freiräumen und Naherholungsgebieten • Gesamtheitliche Planung von funktionalen Räumen + 1 Beschlussfassung • Gesamtkonzeption der Raumentwicklung: einheitliche Politik bei Zonen-Ausscheidung; gerechte Verteilung von Nutzen und Lasten bei Infrastruktur/Anlagen; Chance, attraktive Angebote und Infrastruktur dezentral zu schaffen; etc. • Einheitliche Baubewilligungspraxis mit klaren, schnellen Prozessen stärkt Wirtschaftsstandort • Einheitliches Förderprogramm bzgl. erneuerbarer Energien / Haussanierungen, etc.
4. Nutzung der Grössenvorteile bei Leistungserstellung	<ul style="list-style-type: none"> • Gepoolte Auftragsvergaben an externe Planer • Synergieeffekte durch Konzentration der Verwaltungsstandorte • Deutlich komplexere Abläufe durch grössere Verwaltungsstrukturen und Schnittstelle Gemeinde - MZGV • Mehr Gewicht gegenüber Energielieferanten • Beschleunigte Bearbeitung von Baubewilligungen durch grössere Erfahrung/Praxis 	<ul style="list-style-type: none"> • Gepoolte Auftragsvergaben an externe Planer • Synergieeffekte durch Konzentration der Verwaltungsstandorte • Komplexere Abläufe: informelle Absprachen etc. in grösserer und spezialisierterer Verwaltung schwieriger • Mehr Gewicht gegenüber Energielieferanten • Beschleunigte Bearbeitung von Baubewilligungen durch grössere Erfahrung/Praxis • Gesamtrevision BZO: infolge Grösse der Stadtregion sehr anspruchsvoll
5. Gewährleistung der demokratischen Mitbestimmung	<ul style="list-style-type: none"> • Demokratieabbau durch Kompetenztransfer: Beschneidung der Einflussnahmemöglichkeit durch Gemeindeorgane und Bevölkerung zur Erhalt der Handlungsfähigkeit des MZGV • Verminderte Einflussnahme: Heraufsetzung des Schwellenwerts der durch Verwaltung eigenhändig sprechbaren Projektbudgets 	<ul style="list-style-type: none"> • Veränderte Einflussnahme: die Mitsprache-/Mitwirkungsmöglichkeit von Bevölkerung wie Parlament wird auf das gesamte Gemeindegebiet ausgeweitet (funktionale Einheit = politische Einheit), die einzelne Stimme von StimmbürgerIn zählt aber weniger; Heraufsetzung des Schwellenwerts der durch Verwaltung eigenhändig sprechbaren Projektbudgets; Autonomie der neuen Quartiere (= ehemalige Gemeinden) bei umstrittenen Standortentscheiden nicht mehr gegeben, da gesamte Stadtregion mitentscheidet

Finanzielle Auswirkungen	Szenario Kooperation			Szenario Fusion		
a) Auf Nettoausgaben	Entwicklung Mehrausgaben (netto) * : ↑ mehr als +10%	Spannweite ** : + 1,5 bis + 4 Mio.	Begründungen: <ul style="list-style-type: none"> Steigerung Nettoaufwand aufgrund von Ausweitung des Stadtluzerner Leistungsangebots auf gesamte Stadtregion Steigerung Nettoaufwand durch Doppelstrukturen infolge Erhalt von Fachkompetenz pro Gemeinde (Politikberatung) Reduktion Nettoaufwand aufgrund von Synergieeffekten (gepoolte Auftragsvergabe an Externe, Reduktion bei Verwaltungspersonal, etc.) Synergie-Effekte in Raumentwicklung/Baubewilligungswesen infolge Skalenvorteilen durch Mehraufwand infolge Koordinationsaufwand zwischen Gemeinden/unterschiedliche Rechtsgrundlagen kompensiert 	Entwicklung Mehrausgaben (netto): ↑ mehr als +10%	Spannweite: +/- 0 bis + 3 Mio.	Begründungen: <ul style="list-style-type: none"> Steigerung Nettoaufwand aufgrund von Ausweitung des Stadtluzerner Leistungsangebots auf gesamte Stadtregion Reduktion Nettoaufwand infolge Skalenvorteilen, Harmonisierung Planungsgrundlagen, Planung/Umsetzung aus 1 Hand, entfallender Koordinations- und Sitzungsaufwand zw. Gemeinden
b) Auf Nettoinvestitionen	Entwicklung Mehrausgaben (netto) * : → +5 bis -5%	Spannweite ** : +/- 0 Mio.	Begründungen: <ul style="list-style-type: none"> Geringes Volumen und Relevanz der Investitionen in Politikfeld Planung 	Entwicklung Mehrausgaben (netto): → +5 bis -5%	Spannweite: +/- 0 Mio.	Begründungen: <ul style="list-style-type: none"> Geringes Volumen und Relevanz der Investitionen in Politikfeld Planung

Kriterien Rahmenbedingungen	Szenario Kooperation	Szenario Fusion
1. Machbarkeit	<ul style="list-style-type: none"> Machbarkeit fraglich: Umsetzung des Kooperationsmodells in stark politisch-strategisch geprägten Fachbereichen (z.B. Raumentwicklung, Energiepolitik) aus verschiedenen Gründen sehr unsicher (Finanzhoheit/-verantwortung und Autonomie der Gemeinden, etc.) Zeitaufwändige und schwierige Diskussionen: zur Angleichung von Reglementen, Definition von Richtstandards, Klärung von Eigentumsfragen bei Infrastruktur, etc. Spannungsfeld: Abdeckung Gemeinde-/Bevölkerungsansprüche ⇔ funktionsfähige Organisation des MZGV Berücksichtigung bestehender Strukturen/Organisationen: Verhältnis/Aufgabenteilung zu VVL bleibt; Verhältnis/Aufgabenteilung zu Regionalkonferenz Umweltschutz (RKU) und LuzernPlus (Nutzungsplanung ⇔ regionale Richtplanung + Standortförderung) ist zu überprüfen Erschwerte Zielerreichung durch Verlust der Nähe von strategischer und operativer Ebene PBG-Problematik bei Raumentwicklung: vollständige Delegation von Nutzungsplanungen an MZGV nicht möglich; grenzüberschreitende Planung möglich (Voraussetzung: einheitliche Planungsgrundlagen!), aber keine Beschlussfassung möglich (PBG-Revision nur aufgrund „Causa Luzern“ unrealistisch) 	<ul style="list-style-type: none"> Machbarkeit grundsätzlich unproblematisch, da Fusionsmodell mit heutigen Strukturen operiert Zeitaufwändige Diskussionen: v.a. Anfangsphase ist anspruchsvoll, anschliessend effiziente und einfache Leistungserbringung Berücksichtigung bestehender Strukturen/Organisationen: Verhältnis/Aufgabenteilung zu VVL bleibt; Verhältnis/Aufgabenteilung zu Regionalkonferenz Umweltschutz (RKU) und LuzernPlus (Nutzungsplanung ⇔ regionale Richtplanung + Standortförderung) ist zu überprüfen Gesicherte Zielerreichung durch Nähe von strategischer und operativer Ebene
2. Akzeptanz	<ul style="list-style-type: none"> Politik: Delegation von Kompetenzen/Aufgaben im Fachbereich Raumentwicklung wie auch bei allen hoheitlichen Aufgaben (u.a. Vollzug Umweltrecht, Baubewilligungswesen) an MZGV sicherlich sehr umstritten; unklarer Minderheitenschutz: Bestimmungen zu Umgang mit Minderheitenmeinungen in heiklen Geschäften / Projekten elementar wichtig für Akzeptanz (z.B. Vetorecht, oder 4/5-Quorum nötig zur Beschlussfassung, etc.) Bevölkerung: Ausbau Leistungsangebot fördert Akzeptanz Mitarbeitende: notwendige Spezialisierung verm. v.a. bei Mitarbeitender der kleineren Gemeinden umstritten 	<ul style="list-style-type: none"> Bevölkerung: Ausbau Leistungsangebot fördert Akzeptanz; Quartier-/Stadtteilpolitik wird wichtig für Identitätsbildung ⇒ Aufbau neues Politikfeld notwendig; klare Aussagen erforderlich, die Ängsten z.B. bezüglich Verlust der Naherholungsgebiete entgegenzutreten Mitarbeitende: notwendige Spezialisierung verm. v.a. bei Mitarbeitender der kleineren Gemeinden umstritten

* Einordnung der Fachgruppenschätzung (**) in Raster Projektsteuerung

** geschätzt durch Fachgruppe „Verkehr / Umweltschutz und Raumordnung“

7 Erkenntnisse und Fazit

In den Politikfeldern „Verkehr & Infrastrukturen“ und „Planung“ besteht die Chance, durch eine einheitliche Strategie die Ausstrahlung der Stadtregion Luzern wesentlich zu stärken und durch gebündelte operative Ressourcen qualitativ bessere Leistungen für Bevölkerung und Wirtschaft zu erbringen.

Die Fachgruppe VUR stellt fest, dass sowohl im Kooperations- wie im Fusions-Szenario prinzipiell ein ähnliches, harmonisiertes und gegenüber dem Status Quo meist verbessertes Leistungsangebot bereitgestellt werden kann.

Zugleich stellt sie aber fest, dass das Kooperations- gegenüber dem Fusions-Szenario in ihrem Untersuchungsbereich erhebliche organisatorische Schwächen aufweist, welche dessen politische und operative Umsetzung komplex und ressourcenaufwändig machen.

Besonders wichtig ist für die Fachgruppe, dass die Anliegen der Bevölkerung in den betrachteten Politikbereichen berücksichtigt werden.

Die Infrastruktur der am Projekt beteiligten Gemeinden hat im Themenbereich der Fachgruppe (Strassen, Wasserversorgung und Siedlungsentwässerung) einen Wiederbeschaffungswert von 2,9 Milliarden Franken. Gemäss Einschätzung von Fachleuten müssten über alle Gemeinden jährlich rund 59 Millionen Franken investiert werden, um das Infrastrukturnetz in angemessener Qualität zu erhalten. Tatsächlich investieren die Beteiligten derzeit aber nur 40 Millionen Franken. Hier besteht Handlungsbedarf, unabhängig ob Fusion, Kooperation oder Status quo gewählt wird.

7.1 Zentrale Erkenntnisse: Fusion gegenüber Kooperation bevorzugt

Von den beiden geprüften Szenarien Kooperation und Fusion bevorzugt die Fachgruppe VUR das Szenario Fusion. Das Kooperations-Szenario ist keine taugliche oder gar gleichwertige Alternative zum Fusions-Szenario.

Grund dafür sind die folgenden zentralen Erkenntnisse für die Politikfelder „Verkehr & Infrastrukturen“ sowie „Planung“:

- Das im Szenario Kooperation geprüfte Modell führt zu zusätzlichem Aufwand (neuer Overhead, zusätzliche Schnittstellen zu den fünf Gemeindeverwaltungen, 1 Leistungserbringer ⇔ 5 Eigentümer resp. 5 politische Behörden). Dieser vernichtet die durch die Kooperation erzielten Synergieeffekte. Die Ausstrahlungskraft und das politische Gewicht werden nur mässig gestärkt. Zudem führt das Modell zu einem signifikanten Defizit an demokratischer Mitbestimmung. Insgesamt wird das Szenario Kooperation als kompliziert bewertet. Die Zielerreichung ist erschwert und die Machbarkeit fraglich.

- Im Szenario Fusion kommen die Synergieeffekte in beiden Politikfeldern zum tragen. Die starke Stadtregion gewinnt an Ausstrahlungskraft und politischem Gewicht, vor allem in den Bereichen Verkehrsplanung/-erschliessung und Standortattraktivität. Siedlung und Verkehr werden optimal aufeinander abgestimmt. Bei den Naherholungs- und Freiräumen ist ein effizienterer Schutz möglich und aufgrund des Siedlungsdruckes auch notwendig.
- Beide Szenarien haben gegenüber heute die Vorteile gepoolter Nachfragemengen und der verbesserten Koordination. In beiden Szenarien ist im Politikbereich „Planung“ mit Mehrausgaben zu rechnen, wenn das Leistungsangebot der Stadt Luzern auf alle übertragen wird. Diese fallen im Szenario Fusion geringer aus als im Szenario „Koordination“. Ergänzend muss erwähnt werden, dass in den beiden Bereichen Raumentwicklung und Baubewilligungswesen zwar kurzfristig hohe Kosten mit der rechtlichen und organisatorischen Harmonisierung verbunden sind. Langfristig werden die Ausgaben dann aber in beiden Szenarien tiefer im Vergleich zum heutigen Stand ausfallen – wobei die Kosteneinsparungen bei der Fusion viel stärker ausfallen als bei einer Kooperation.
- Für die Fachgruppe VUR wäre es allenfalls denkbar, nur den operativen Teil der Politikfelder „Verkehr & Infrastrukturen“ sowie „Planung“ an einen MZGV zu delegieren. Damit liessen sich zwar geringfügige Effizienzoptimierungen im operativen Betrieb erzielen, es entstünden aber auch neue Schnittstellen. Das Hauptziel der nachhaltigen Stärkung der Stadtregion Luzern würde jedenfalls verfehlt.

7.2 Anliegen der Bevölkerung

Die Anliegen, welche die Bevölkerung in den Echo-Veranstaltungen geäussert hat, müssen ernst genommen werden. In den Politikfeldern „Verkehr & Infrastrukturen“ sowie „Planung“ können dazu die nachfolgenden Aussagen gemacht werden.

Naherholungsgebiete / Grüne Kuppen erhalten

Die Naherholungsgebiete und Freiräume erhalten in einer starken Stadtregion noch mehr Bedeutung für Bevölkerung und Gäste. Die sog. „Grünen Kuppen“ müssen erhalten werden. Eine Erhöhung der Standards im Bereich Umweltschutz (Natur- und Landschaftsschutz) und eine Raumplanung, die nicht an den Gemeindegrenzen halt macht, müssen dies bei einer Fusion sicherstellen. Die Siedlungsentwicklung erfolgt möglichst in den bestehenden Räumen und verdichtend.

Öffentlicher Verkehr (ÖV) zunehmend wichtig

Für die Entwicklung der starken Stadtregion ist eine gute Erschliessung mit dem ÖV zentral. Neben der verbesserten Anbindung an die grossen Zentren (insbesondere Zürich) müssen auch eher periphere Orte der Stadtregion mit dem ÖV möglichst gut erreichbar sein. Die ÖV-Erschliessung soll deshalb tendenziell eher ausgebaut werden, sicher sollen aber die bestehenden Verbindungen (inkl. Ortsbusse) aufrechterhalten bleiben.

Flugverkehr nicht ausbauen

Für eine starke Stadtregion als attraktiver Standort für Wirtschaft und Tourismus ist die Lebensqualität von zentraler Bedeutung. Die Lärmproblematik im Zusammenhang mit dem Flugplatz Emmen darf sich deshalb zum Wohl aller Gemeinden der starken Stadtregion nicht weiter verschärfen. Das bedeutet einen Verzicht auf weitergehende zivile Nutzungen (keine Tourismus-, Geschäfts- und Sportfliegerei). Stattdessen muss die Bahnverbindung zum Flughafen Zürich beschleunigt und die Kapazität erhöht werden.

Aktive Energiepolitik

Die Stadtregion will sich in Richtung der 2000-Watt-Gesellschaft entwickeln. Das Stadtluzerner Angebot (Energistadt, Energieförderung, Energieplanung) soll auf alle Gemeinden ausgedehnt werden. Dies stärkt die regionale Wertschöpfung, reduziert die Abhängigkeit von nicht erneuerbaren Energien und trägt zudem dazu bei, das erforderliche Know-how in den Bereichen Planung, Installation, Fertigung, Betrieb und Instandhaltung auf- und auszubauen.

Standards bedürfnisgerecht und auf heutigem Niveau halten

Gute Standards bezüglich Sauberkeit und Unterhalt sind für die Bevölkerung von grosser Bedeutung. Das heisst nicht, dass in den Aussenquartieren gleich oft gereinigt werden muss wie im Zentrum, das stärker belastet ist. Reinigung und Unterhalt müssen aber auch überall bedürfnisgerecht erfolgen. Der Zustand der öffentlichen Räume darf nicht unter das heutige Niveau der einzelnen Gemeinden sinken. Der Entwicklung zur 24h-Gesellschaft ist Rechnung zu tragen.

Dezentrale Standorte erhalten und periphere Lagen berücksichtigen

Auch aus betrieblichen Gründen sollen dezentrale Standorte insbesondere im Politikbereich „Verkehr & Infrastrukturen“ erhalten bleiben. Es ist vorgesehen, einen zentralen Werkhof mit mehreren dezentralen Aussenstellen zu betreiben. Auch die heutigen Friedhöfe sollen erhalten bleiben.

Zusätzlich kann bei der Fusion in einer starken Stadtregion allgemein der gesamte Raum bei Planungen und Bebauungen berücksichtigt werden, sodass jeweils der am besten geeignete Ort für die unterschiedlichen öffentlichen Projekte,

Angebote und Nutzungen ausgewählt wird. Dies ist beim Szenario Kooperation nur eingeschränkt möglich.

7.3 Fazit der Fachgruppe

Zusammenfassend kommt die Fachgruppe für die Politikfelder „Verkehr & Infrastrukturen“ und „Planung“ zum Schluss, dass das Szenario „Kooperation“ (MZGV) keine taugliche oder gar gleichwertige Alternative zum Szenario „Fusion“ (1 Gemeinde) darstellt.

Sollte sich die Projektsteuerung aus anderen Gründen für das Kooperations-Szenario entscheiden, empfiehlt die Fachgruppe, höchstens den operativen Teil der Politikfelder „Verkehr & Infrastrukturen“ und „Planung“ an den MZGV zu delegieren. Auf Ebene der einzelnen Sachbereiche erachtet die Fachgruppe lediglich das Friedhof- und Bestattungswesen und das Baubewilligungswesen als integral an den GMZV delegierbar:

Politikfeld	Sachbereich	Strategie an MZGV	Operation an MZGV	integral an MZGV	
Verkehr + Infrastrukturen	Strassen, Wege und Plätze	nein	ja	nein	1.1 Mia. Fr. Wiederbeschaffungswert
	Öffentlicher Verkehr	nein	ja	nein	bereits an VVL delegiert
	Wasserversorgung	nein	ja	nein	0.7 Mia. Fr. Wiederbeschaffungswert Ev. direkte oder indirekte Delegation an ewl
	Siedlungsentwässerung (Kommunale Netze)	nein	ja	nein	1.1 Mia. Fr. Wiederbeschaffungswert
	Friedhof- und Bestattungswesen	ja	ja	ja	
Planung	Natur- und Umweltschutz	nein	ja	nein	
	Raumentwicklung	nein	ja	nein	polit. Planungsentscheide nicht delegierbar
	Baubewilligungswesen	ja	ja	ja	
	Energiepolitik	nein	ja	nein	polit. Planungsentscheide nicht delegierbar